

inhalt

Politik der Kürzel und Politik der Symbole

Dieser Tage kann es durchwegs passieren, dass Sie zu einer Veranstaltung mit dem Titel "Das EU-Jahr der Chancengleichheit 2007" eilen, um an Ort und Stelle festzustellen, dass auf dem Podium über "Integration" geredet wird. Ich finde ein solches Vorkommnis ärgerlich, und das aus zwei Gründen.

Erstens ist der Begriff Integration spätestens seit einem Jahrzehnt zu einer Leerformel geworden. Das Integrationsgeschwätz erklärt nicht nur kaum etwas, sondern ist selbst höchst erklärungsbedürftig. Rechtliche Mängel, sozialpolitische Fehler, eine auf eigennütziger Rekrutierungsstrategie fußende Migrationsgeschichte und an Rassismus grenzende segregative Politik – all diese Probleme, die auf das Konto der Aufnahmegesellschaft gehen, werden unter dem Begriff Integration den ImmigrantInnen aufgebürdet. Es wird dabei unterstellt, eine "kulturelle Anpassung" von ihnen würde all die aufgezählten Mankos und Konfliktguellen ungeschehen machen. Somit ist dieses Lieblingsstichwort von Medien, Wissenschaft und Politik nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Zweitens handelt es sich um einen klaren Fall von Etikettenschwindel, wenn das Jahr für Chancengleichheit auf Integration reduziert wird. Ich wittere dabei wenn nicht böse Absicht, so doch zumindest politische Beschränktheit. Das "Europäische Jahr für Chancengleichheit für alle" ist von der EU als Fortsetzung der eigenen Antidiskriminierungspolitik geplant worden. Das besondere Jahr hat die Funktion, sowohl den Minderheiten als auch den Mehrheiten iene Rechte bekannt zu machen, welche sich in Mitgliedstaaten just aus dieser Antidiskriminierungspolitik ergaben.

In Österreich beispielsweise existiert seit 2004 ein novelliertes Bundesgleichbehandlungsgesetz samt einer Reihe von rechtlichen Bestimmungen auf Landesebene.

Dieses nun nicht mehr ganz neue – und hierzulande etwas schwach ausgefallene - Rechtspaket ermöglicht es, in der Arbeitswelt und in bestimmten Fällen auch darüber hinaus Diskriminierungen entgegenzuwirken, die u. a. auf Grund von ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung und Religion geschehen. Ein weiteres - wenn auch heftig kritisiertes - Gesetz soll vor Diskriminierungen auf Grund von Behinderungen schützen. Die zwei größten Probleme, welche die EU hierzu erhoben hat, bilden die unausreichenden Umsetzungen der Antidiskriminierungs-Richtlinien in den Mitgliedstaaten und – als Teil dieses Mangels - der relativ schlechte Informationsstand der diskriminierten Gruppen über die jeweilige

Aus diesen Gründen hat die Union eben ein besonderes Jahr ausgerufen, in dem eine öffentliche Diskussion über Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und gleiche Chancen beim Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen geführt werden soll. Hand aufs Herz: Ist nun "Integration" wirklich ein adäquater Begriff, unter dem diese Diskussion stattfinden soll? Lenkt dieses Wort nicht den Blick auf die Gruppe der ImmigrantInnen, wo doch das EU-Rechtspaket eine ganze Palette von sozialen Gruppen betrifft? Wird zudem ein "endogenes" Problem moderner Gesellschaften mit Gleichheits- und Gerechtigkeitsanspruch, nämlich Diskriminierung, dadurch nicht stillschweigend zu einem "exogenen", also von ImmigrantInnen verursachten Problem erklärt?

Natürlich betreffen mediale Verkürzungen dieser Art nicht nur die Gruppe von ImmigrantInnen. Kürzel scheinen überhaupt die Hauptspeise von Medien, aber auch von Politik und Sozialwissenschaften zu bilden. So läuft das Thema Volksgruppen in Österreich seit Langem unter dem Kürzel "Kärntner Ortstafeln". 31 Jahre Volksgruppengesetz, 52 Jahre Artikel 7 des Staatsvertrags oder fast 90 Jahre Vertrag von St. Germain können dem auch nichts mehr anhaben: Minderheiten heißen in Österreich Kärntner Ortstafeln. Will man über die Forderungen von Lesben und Schwulen dozieren, hält man sich am liebsten an das Kürzel "Homo-Ehe". Anliegen von Behinderten werden unter "Pflegegeld" abgehandelt. Wenn aber von den wahren Problemen unserer Welt und dabei auch Österreichs gesprochen werden soll, haben wir das Stichwort "Islam" zur Hand. Gut garnieren lässt sich das Kürzel wiederum mit "Kopftuch" – womit wir wieder bei "Integration" angelangt sind.

Das Bedürfnis nach Platzhalter-Begriffen mag ein allzu menschliches und verständliches sein. Es verweist aber darüber hinaus auf einen Widerstreit, der unter den kritischen Linken einst "Kampf um die kulturelle Hegemonie" hieß und heutzutage - wohl aus Angst vor den eigenen Begriffen – mit dem Kürzel (!) "kulturelle Orte ausverhandeln" oder so ähnlich tituliert wird. Mehrheit(en) und Minderheiten bilden die beiden Widersacherinnen auf einem der Schauplätze dieses Kampfes.

Von einer Mehrheit kann freilich nicht erwartet werden, dass sie auf die Forderungen der Minderheiten so sensibel reagiert, dass diese öffentlich in ihrem gesamten Umfang und in "korrekten" Begriffen artikuliert werden. Die Politik der Kürzel verkürzt, und das liegt im Interesse der Mehrheit. Die Organisationen von Minderheiten sollten sich deshalb die Frage stellen, welchen Anteil sie selbst an der verkürzten öffentlichen Wahrnehmung ihrer Forderungen haben. Nicht nur ein Insistieren auf unergiebigen Themen und nur kulturell orientierten Strategien kann zu den erwähnten Kürzeln führen, sondern auch eine abgehobene Politik der Symbole, die sich in der Sprache erschöpft und politisch nicht wahrgenommen wird.

Hakan Gürses

Chancengleichheit – zwischen Aufstieg und Einstieg Radostin Kaloianov

Chancengleichheit für alle – wer dazugehört und wer nicht Philipp Schmickl

Ein Mosaik nimmt Gestalt an Kurt Krickler

Das Rosengärtlein, die Scheidungsrate und die Chancengleichheit Erwin Riess

Von Ausländer-Getto zum Szeneviertel? Betül Bretschneider 12

Chancengleichheit: Hoffnung oder Geschwätz? Interview mit María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan Geschlechtergerechte Sprache? Persson Perry Baumgartinger

16 Rasterfahndung nach Behinderung Elke Salomon 18

Gesellschaftlicher Fortschritt – nicht machbar? C. Hollomey, F. Klauser, A. Pollak und G. Valchars 20

Brief aus Istanbul Gerald Kurdoğlu Nitsche 22

"Wir sind alle Hrant Dink!" Thomas Schmidinger

24 Kulturen & Künste

> Offenlegung 26

27 Tipps

14

23

31

Kahlauers Tagebuch

Thema: Chancengleichheit

Die EU hat 2007 zum "Jahr der Chancengleichheit" ausgerufen. Es handelt sich dabei um einen weiteren Schritt in der Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungspolitik der Union, die sie mit dem berühmten Artikel 13 des Amsterdamer Vertrag als eine der Kernkompetenzen übertragen bekommen hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Gemeinschaft den Mitgliedstaaten keine neuen rechtlichen Maßnahmen mehr vorschreiben, sondern neben der vollständigen Umsetzung bestehender Richtlinien nun mit dem besonderen Jahr den Anlass und die Mittel dafür geben wollte, im Rahmen einer Kampagne bewusstseinsbildende Maßnahmen zu treffen. Vor allem die Informierung der nationalen Öffentlichkeiten und der "betroffenen" Gruppen über die Rechtslage stand dabei auf dem Plan.

Ob und wie die Mitgliedstaaten diesen Faden aufnehmen und tatsächlich auch weiter spannen werden, ist eine Frage, die erst gegen Ende des Jahres klar zu beantworten

sein wird – ganz zu schweigen von der Frage nach der Sinnhaftigkeit der Strategie der EU, mit dem mittlerweile berüchtigten Mittel des "besonderen Jahres" den nach wie vor verbreitet vorhandenen Diskriminierungen vieler Gruppen entgegenzuwirken. Natürlich stellt sich auch die Frage, warum dafür gerade ein Titel wie das "Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle" gewählt wurde (wobei das englische Wort "equal opportunities" eindeutiger klingt als das deutsche Wort "Chancengleichheit").

Der Schwerpunkt des vorliegenden STIMME-Heftes ist dem Thema gewidmet, das als "Chancengleichheit – auch für Minderheiten?" umschrieben werden kann. Die Beiträge befassen sich – obwohl mit unterschiedlichem Fokus und aus verschiedenen Perspektiven analysierend – allesamt kritisch mit dem Begriff Chancengleichheit und spüren folgenden Fragen nach:

Was bedeutet Chancengleichheit aus der Sicht der Angehörigen verschiedener

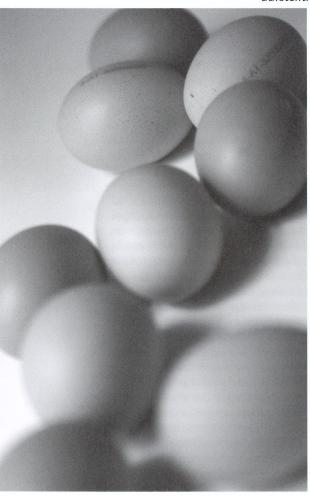
Minderheiten? Welche Bereiche umfasst die Chancengleichheit? Welche Forderungen stellen Minderheiten in Österreich in Bezug auf die Chancengleichheit? Welche Strategien werden derzeit in der EU und in Österreich verfolgt, um Chancengleichheit für Minderheitenangehörige zu ermöglichen?

Radostin Kaloianov legt den Begriff Chance unter die Lupe und unterscheidet zwischen zwei historischen und analytischen Ebenen, die mit dem Wort verbunden sind: Einstieg und Aufstieg. Philipp Schmickl fragt, wer mit "für alle" im EU-Titel gemeint sein könnte. Kurt Krickler betrachtet das besondere Jahr nüchtern in seinem Gesamtkontext und verweist auf die Defizite. Erwin Riess' sarkastischer Held Groll bringt gewohnt ungewöhnliche Perspektiven ins Spiel. Betül Bretschneider zeigt, wie Stadtplanung und -entwicklung wirtschaftliche und soziale Chancengleichheit beeinflussen können und vice versa. María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan konfrontieren in einem Interview postkoloniale Strategien mit dem Chancengleichheit-Diskurs. Persson P. Baumgartinger fragt nach Möglichkeiten, die zweigeschlechtliche Ordnung der Sprache zu durchbrechen. Elke Salomon verweist auf die allmähliche Rolle der Pränataldiagnostik als eugenisches Hilfsmittel.

impressum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostergasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostergasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at. Chefredakteur: Hakan Gürses. Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Örtl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Anita Konrad, Petra Pfisterer. Ständige Autorinnen: Erwin Riess, Kahlauer, mh, ede, M. Fürst. Fotoredaktion: Salon Renate. Zeichnungen: Andreas Ohrenschall, Hakan Gürses. Grafische Gestaltung: schultz-schultz-Mediengestaltung. Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Vida Bakondy (Redaktions adresse) E-mail: abo@initiative.minderheiten.at; Jahresabo (4 Hefte): € 20,- / für Vereinsmitglieder kostenlos.

Der Begriff "Chance" bezeichnet in den vormodernen Zeiten den schicksalhaften Zufall im menschlichen Leben und bedeutet nichts anderes als das Entkommen aus geordneten und vor allem vorgegebenen Lebenslaufbahnen. Das menschliche Leben spielt sich in kosmologisch oder theologisch vorgeschriebenen Bahnen ab, in deren Risse das Spiel des glücklichen oder unglücklichen Zufalls das Entkommen aus den Zwängen vorgegebener Ordnungen einlässt und eine unberechenbare alternative Lebenskausalität gegenüber kosmologischen oder theologischen Leitordnungen darstellt.



Radostin Kaloianov,

Philosoph, ist Mitarbeiter des Vereins "Interface" sowie des Instituts für Konfliktforschung in Wien. Seine Studie "Affirmative Action für MigrantInnen? Am Beispiel Österreich", die demnächst erscheinen wird, kann beim Autor selbst als pdf-Datei bezogen werden: r.kaloianov.gmx.at

Chancengleichheit – zwischen Aufstieg und Einstieg

Radostin Kaloianov

Mit dem Einbruch der Moderne und speziell seit der Aufklärung erweitert sich der Bedeutungshorizont des Chancebegriffs um eine neue Dimension. Mit Chance wird weiterhin die Schleuse des Entkommens vom Lebenszwang und des Eintretens in eine in Selbstbestimmung und kreativem Zufall geführte Lebensform bezeichnet. Andererseits - und das ist die moderne Erweiterung der Wortbedeutung - wird die Chance als Einstieg in die Zwänge des geregelten Lebens und zwar als einen allen Gesellschaftsmitgliedern geschuldeten Anschluss an den sozialen Mainstream verstanden. Die besagte semantische Verzweigung des modernen Chancebegriffs in den Bedeutungen von Austritt vs. Eintritt in die Lebensregularität kommt in Verbindung mit ideengeschichtlichen und gesellschaftlichen Transformationen der liberalen Moderne

Pluralisierung der Determination

Ideengeschichtlich wird der Begriff der Chance vor allem durch die Formierung der modernen Wissenschaftslandschaften geprägt. Die Entstehung neuer Wissenschaftsdisziplinen pluralisiert die Standpunkte, aus welchen die Determinanten des menschlichen Lebens erfasst werden. Demzufolge spielt sich das menschliche Leben nicht ausschließlich im Rahmen kosmologischer oder theologischer Weltordnungen ab, sondern wird dank der Stellungnahmen immer neuer Wissenschaftsdisziplinen zum Knotenpunkt konkurrierender Ordnungsketten und zum Geltungsbereich lebensimmanenter Ordnungsprinzipien. Anstelle der monokausalen Ordnungsmodelle, besser gesagt: neben diesen, begreift sich der Mensch seit der Aufklärung als in einer Vielfalt an bio-, psycho-, anthropo-, philo- oder soziologischen Ordnungen eingebettet. So wird das menschliche Leben zur Kampfarena einer Vielzahl von ineinander verketteten und einander relativierenden Teildeterminationen.

Unter diesen ideengeschichtlichen Bedingungen wird der Zufallsanteil des Lebensablaufs ins Unendliche gesteigert. Der Zufallscharakter von Lebensabläufen und -ereignissen rückt in den Vordergrund der Lebensdetermination. Die Kontingenz des Lebens (contingentia mlat.: Möglichkeit, Zufall) nistet sich in den immer größer werdenden Erklärungslücken ein, die das Auseinanderdriften der verschiedenen Ketten von Teildeterminationen hinterlassen.

Der herkömmliche Begriff von Chance als Ereignis des Zufalls, das über die Bahnen vordeterminierter Lebensabläufe hinausführt, konnte sich nur unter der Prämisse einer kosmologischen oder theologischen Leitordnung herausbilden. Dahingegen formiert sich dort, wo sich infolge der Pluralisierung von Ordnungshorizonten und des Auseinandergehens von Teildeterminationen der Zufall zu einem gewichtigeren Kausalitätsmodus des sozialen Lebens etabliert hat, ein neuer Begriff von Chance mit der entgegengesetzten Bedeutung von Chance als Anschluss an geordnete Lebensverhältnisse.

Notwendigkeit und Zufälligkeit

Die gesellschaftlichen Transformationen, welche die semantische Erweiterung des modernen Chancebegriffs beeinflussen, stehen mit der umrissenen Pluralisierung der Determinationsfaktoren menschlichen Lebens in Zusammenhang und treten mit dem Aufkommen des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus ein. Der Liberalismus bietet theoretische Antworten wie praktische Lösungswege zum Zurechtkommen mit der Kontingenz des menschlichen und sozialen Lebens.

Das liberale Prinzip des laissez-faire – das soziale Leben laufen zu lassen und durch geringfügige Interventionen nur die Grenzwerte seiner Abläufe kontrollieren zu wollen – ist mit der normativen Einsicht in die über alle Lebensabläufe, Lebensphasen, soziale Positionen und Sphären waltende Kausalität der Kontingenz verbunden und kommt in der pragmatischen Zurückhaltung, Zufälligkeiten nicht unter Kontrolle bringen zu wollen, zum Ausdruck.

Das liberale *laissez-faire* prägt soziale Strukturen, Diskurse und Praktiken moderner liberaler Gesellschaften und ist zugleich Bedingung und Ausdruck einer Reihe gesellschaftlicher Transformationen, die darin bestehen, dass die festen Topografien des

gesellschaftlichen Lebens verflüssigt werden und auch die Szenarien, deren Besetzung radikal umgeändert wird. Die soziale Teilnahme von Personen hängt von nun an mehr von der Autonomie des Individuums und weniger von den vorgefundenen sozialen Hierarchien ab. Soziale Stellung wird aufgrund autonomer Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und nicht dank außer- und überindividueller Determinierung eingenommen. Zugehörigkeiten werden weniger geerbt und vorgefunden, sondern mehr erkämpft und neu geschaffen.

Die *laissez-faire*-bedingte Verflüssigung von sozialen Strukturen sowie die persönliche Autonomie als Prinzip der Besetzung von sozialen Positionen verlangen andere und erweiterte Handlungsspielräume als jene eines sozialen Raums mit festen sozialen Plätzen und vorgeschriebenen Besetzungsszenarien. Die liberale Einstellung, die Zirkulationen von Waren, Ideen, Menschen, Talenten, Ansprüchen usw. möglichst ungehindert ihrem freien Lauf zu überlassen, erfordert eine Gratwanderung zwischen den Extremen der Selbst- und Fremdbestimmung, zwischen Notwendigkeit und Zufälligkeit.

Daher werden die Notwendigkeiten und die Zufälligkeiten des menschlichen Lebens als Nachspiel des aufkommenden Liberalismus in den Sog der Chancensemantik gezogen: Sie beide werden als Chance begriffen. Denn eben beides - Zufall und Notwendigkeit - kann für ein selbstbestimmtes Leben hinderlich sein. Erst wenn Notwendigkeit und Zufall als Chance vorstellbar sind, können beide in den Ablauf eines selbstbestimmten Lebens integriert werden. Auf der einen Seite besteht der herkömmliche Begriff von Chance als Zufall und als ein Entkommen aus den vorgegebenen Lebenslaufbahnen weiter fort. Auf der anderen Seite wird dieser Begriff durch seine Bedeutung als Notwendigkeit und als Anschluss an geordnete Lebensverhältnisse ergänzt. Sie beide gehören zur Grundausstattung der liberalen Vorstellung eines selbstbestimmten Lebens.

Inklusion/Exklusion in der Moderne

Umso unausweichlicher erscheint die Verdoppelung der modernen Begriffsbedeutung in Chance als Ausstieg aus und Chance als Einstieg in determinierte(n) Lebensverhältnisse(n), oder um es auf den Punkt zu bringen: in *Aufstiegs*- und *Einstiegschancen*, angesichts einer weiteren Systemfolge der *laissez-faire*- Bauart und Dynamik moderner liberaler Gesellschaften.

Die Verflüssigung von starren sozialen Ordnungen und vorgeschriebenen sozialen

Positionen sowie das auf Selbstbestimmung umgestellte Szenario ihrer Besetzung machen den Ausfall von Personen und Gruppen aus dem sozialen Mainstream zur Systemerscheinung moderner liberaler Gesellschaften. Wenn nicht mehr, wie in der Vormoderne, von vornherein fest steht, wer von Geburt an was ist und wohin er oder sie gehört, wenn allen Gesellschaftsmitgliedern alle Entwicklungsoptionen in ihrer Gesellschaft offen stehen und wenn vor allem durch das selbstverantwortliche Handeln entschieden wird, wo sich jede/r einzelne im Entwicklungsspektrum zwischen "Alles" oder "Nichts" positioniert – so kann jede/r zu jeder Zeit und aus jedem Anlass aus dem Flussbett des sozialen Mainstreams hinausgeschwemmt werden, und zwar aus eigenem oder fremdem Verschulden. Also gehören Exklusionen der sozialen Dynamik liberaler Gesellschaften als deren Bestandteil an und mobilisieren gleichzeitig Widerstandkräfte, die um die Verwirklichung von Idealen der sozialen Inklusivität und Egalität bemüht sind. Genau dieselben Faktoren, die den Exklusionen aus dem sozialen Mainstream einen Systemcharakter verleihen, geben dem liberalen Inklusionsgebot das normative Gegengewicht, den systemimmanenten Exklusionen entgegenzusteuern.

Die semantische Doppelgleisigkeit des modernen Chancebegriffs ist an die systemimmanenten Exklusions-/Inklusionsrhythmen moderner liberaler Gesellschaften gekoppelt und erhält daraus ihre zentralen Antriebsmotive und inhaltlichen Anhaltspunkte. So verleiht die Verflüssigung der Ordnung sozialer Positionen sowie die Selbstbestimmung als Prinzip der Besetzung dieser Positionen dem klassischen Chancebegriff als Entkommen aus vordetereminierten Lebenslaufbahnen neue inhaltliche Aspekte sowie einen neuen sozial-epistemologischen Stellenwert und etabliert ihn mit der Bedeutsamkeit von Aufstiegs- oder Mobilitätschance als eine der wichtigsten sozialdynamischen Kategorien der Moderne und Postmoderne.

Gleichzeitig erhält die Bedeutungsschicht der Einstiegs- oder Startchance, welche in den zentralen gerechtigkeitstheoretischen und gerechtigkeitspolitischen Problemen der Gegenwart mitschwingt, nur dort Sinn, wo Exklusionen von Personen und Gruppen eine unausweichliche Folge der Bauart und Funktionsweise von liberalen Gesellschaften sind – wo die Gesellschaftsmitglieder den Mainstreams angehören oder sich diesen anschließen wollen, wo sich die Mainstreams in den Fluktuationen von Exklusion und Inklusion reproduzieren und wo schließlich aus den Bedingungen, die Exklusionen ver-

ursachen oder begünstigen, Inklusionsideale entstehen, Inklusionskämpfe entfacht und Inklusionssiege gefeiert werden.

Allerdings treffen die Fluktuationswellen von Exklusion und Inklusion nicht nur minoritäre soziale Gruppen, sondern gehen auf mehrheitliche soziale Gruppen über. Daher bringen die Einstiegschancen nicht ausschließlich die sozialen Inklusionsansprüche von sozialen Minderheiten zur Geltung, sondern kommen auch im Kampfvokabular ausgegrenzter und unterdrückter sozialer Mehrheiten (Arbeiterklasse, Frauen) vor. Während die Inklusion von Minderheiten in der rezenten identitätspolitischen Problematik abgebildet ist, sind die Inklusionen von Mehrheiten Gegenstand der vorausgehenden klassen- oder geschlechtspolitischen Kämpfe und Debatten.

Aufstiegsträume, Egalitätsgebote

Die herkömmliche Chancesemantik lebt weiterhin im Begriff der Aufstiegschance fort, prägt das theoretische Vokabular zur sozialen Mobilität, regt die massenmedialen Aufstiegsträume von Bilderbuchkarriere, Erfolg und Prominenz an und manifestiert sich (in Österreich) von Millionenshow- oder Starmania-Inszenierungen bis hin zur Opernballtheatralik der society-Zugehörigkeit. In all ihren mannigfaltigen Erscheinungsformen und trotz aller Eigenverdienstmomente transportiert die Chance auf Aufstieg stets den glücklichen Zufall, der einem/r schlagartig Tür und Tor zu Ruhm und Reichtum (und oft auch zur Schönheit) öffnet und nicht mehr und nicht weniger als ein Entkommen aus den vorgegebenen Laufbahnen eines von Knappheit, Arbeitsmühe, Versagensängsten, Ausfallsrisikos und Ordnungsdruck gekennzeichneten, determinierten und unfreien Lebens zum Ausdruck bringt.

Ansprüche auf Chancegleichheit koppeln ihre Egalitätsgebote aus drei Gründen von der Bedeutungsschicht der Aufstiegschance ab. Erstens erbringen Aufstiegschancen keine Inklusionsleistungen zum Anschluss an den sozialen Mainstream, sondern steuern diese eher in die Gegenrichtung eines Abhebens vom sozialen Mainstream. Zweitens zielt der soziale Aufstieg nicht auf die Egalisierung von sozialer Ungleichstellung, sondern bloß auf die Besserstellung in den Verhältnissen sozialer Ungleichheit. Und drittens können Aufstiegschancen nur soweit egalisiert werden, wie eben der glückliche Zufall egalisiert und kontrolliert werden kann.

Als egalisierbar wird hingegen in den gerechtigkeits- und integrationspolitischen Diskursen der Gegenwart die zweite Spielart



von Chance gehandelt. Gewissermaßen geht die Messoptik der Chancengleichheit aus dem Begriff der Einstiegschance (als Beitrag der liberalen Moderne zur Semantik des Chancebegriffs) hervor, weil die Einstiegschance eben den verweigerten oder verfehlten Anschluss von Personen an geordnete Lebensverhältnisse anspricht.

Einstiegschancen sind Schleusen des Übergangs von einer irregulären, dem Zufall überlassenen, prekären, marginalisierten Lebensform in die geordneten Lebensverhältnisse des sozialen Mainstreams. Und so wie die Aufstiegschance einen Befreiungsschlag aus den Zwängen regulärer Lebensabläufe andeutet, wird mit der Einstiegschance das Programm einer Unterordnung unter die regulären Lebenszwänge des sozialen Mainstreams für diejenigen angekündigt, die aufgrund ihrer Andersheiten, Zuwanderungsumstände oder naturaler Ausstattung weit von den Bahnen des geordneten sozialen Lebens entfernt leben.

Der entscheidende semantische Vorteil des Begriffs der "Einstiegschance" gegenüber seinem Widerpart "Aufstiegschance" ist, dass die erstgenannte Spielart von Chance egalisiert werden kann, oder wenigstens als egalisierbar vorgestellt wird und dadurch als Referenzpunkt der normativen Idee der Chancengleichheit dient. Es wäre ja widersinnig, für Aufstiegschancen, die auf Ungleichstellung abzielen und eine Besserstellung in Verhältnissen der Ungleichheit anstreben, Chancengleichheit einzufordern. Die Chancengleichheit erhält hingegen ihren Gerechtigkeitsappell nur in Bezug auf die Eqalisierbarkeit von Einstiegschancen.

Die Egalisierbarkeit und Quantifizierbarkeit von Einstiegschancen hängen von zwei Faktoren ab. Erstens wird mit der Gewährung von Einstiegschancen das Ziel einer möglichst gleichstellenden Inklusion von ausgeschlossenen Personengruppen verfolgt. Daher sollen auch die Einstiegschancen als Mittel zur Verwirklichung von Inklusivitäts- und Egalitätsgeboten unter modernen liberalen Gesellschaftsbedingungen möglichst gleich verteilt werden können.¹

Zweitens können Einstiegschancen besser als Aufstiegschancen egalisiert werden, weil Einstiegschancen prinzipiell quantifizierbar und kommodifizierbar sind und ihre Kontingenzanteile aufs Minimum reduziert werden können. Durch Einstiegschancen werden Inklusionen realisiert, Zugehörigkeiten geregelt und die Zugänge zu Gütern entsperrt, die als materielle und ideelle Träger eines geordneten Lebens fungieren. Als Zugangsregler zu den Güterzirkulationen eines geordneten Lebens sind die Einstiegschancen von Personen, ihre Verwirklichung, Verweigerung oder Verfehlung eben durch die verfügbaren sozialen Güter wie Rechte, Arbeit, Bildung, Wohnbedingungen, Freizeit usw. messbar und dadurch in Relationen von Gleichheit und Ungleichheit vorstellbar.

AdressatInnen des Appells

Dass mit dem Gerechtigkeitsideal der Chancengleichheit nur die "Einstiegschancen" gemeint sein könnten, dürfte aus der oben umrissenen Doppelsemantik des Chancenbegriffs bereits ersichtlich geworden sein. Abschließend stellt sich noch die Frage, an wen der Gerechtigkeitsappell der Chancengleichheit gerichtet ist und wer von den Einstiegschancen, die diese Idee in Aussicht stellt, Gebrauch macht. Die Idee der "Chancengleichheit" bringt Inklusivitäts- und Egalitätsgebote zum Ausdruck, die durch Einstiegschancen für ausgegrenzte soziale Gruppen umgesetzt werden. Da in einer liberalen Gesellschaft jede/r aufgrund eines Versagens, fremden Verschuldens oder naturbedingt aus dem sozialen Mainstream herausfallen kann, stehen jedem/r die Einstiegschancen als Mittel zur Teilnahme an einem Minimum an geordneten Lebensverhältnissen zu.

Es gibt jedoch soziale Gruppen, die in eine besondere Beziehung zur Chancengleichheit gestellt und als Zielgruppen von Chancengleichheit umsetzenden Politiken profiliert werden. Auf der einen Seite gelten die Heranwachsenden, auf der anderen Seite die Ausgegrenzten als AdressatInnen des Gerechtigkeitsappells der Chancengleichheit

und als AbnehmerInnen von Einstiegschancen. Beiden ist die Tatsache gemeinsam, dass sie von den ihnen zustehenden und in ihrer Gesellschaft verfügbaren Einstiegschancen noch keinen tatsächlichen Gebrauch gemacht haben. Während den Heranwachsenden die Verwertung ihrer Einstiegschancen noch bevorsteht oder diese in Form von Bildungschancen noch nicht vollständig abgeschlossen ist, werden soziale Gruppen, die aufgrund ihrer ethnischen oder kulturellen Zugehörigkeit (autochthone Minderheiten), ihrer kollektiven Lebensform (homosexuelle Communities), stigmatisierenden Rollenzuschreibungen (Frauen) oder Lebensumstände (wie Zuwanderung) den Status von diskriminierten und benachteiligten Minderheiten oder Mehrheiten erlangen, zu Zielgruppen von Maßnahmen der Chancengleichheit. Der erhöhte Bedarf an gleichen oder überhaupt an Einstiegschancen und der besondere Anspruch auf Chancengleichheit der systematisch diskriminierten und benachteiligten sozialen Gruppen leiten sich aus dem negativen Tatbestand der Verweigerung von Einstiegschancen ab und lösen die optische Zerrung aus, dass Chancengleichheit und Einstiegschancen diesen Gruppen in einem besonderen Ausmaß zustünden. Mit dieser optischen Zerrung geht auch eines der zentralen gerechtigkeits- und integrationspolitischen Paradoxa der Gegenwart einher, dass nämlich die Betroffenen von Diskriminierung, Ausgrenzung, Marginalisierung und Benachteiligung aus eigenem Verschulden die Einstiegschancen nicht nützen, die ihnen die Gesellschaft systematisch verweigert.

ußnote:

Die Egalisierbarkeit von Einstiegschancen darf allerdings nicht mit der egalisierenden Auswirkung von Einstiegschancen verwechselt werden. Die Inklusion und die Gleichstellung von systematisch diskriminierten und benachteiligten sozialen Gruppen (wie Frauen, autochthonen Minderheiten oder Migrantlnnen) können oft nur über den Weg eines überproportional großen und starken Angebots an Einstiegschancen für diese Gruppen und folglich durch eine formelle Verletzung der Idee der Chancengleichheit erreicht werden.

thema

Chancengleichheit für alle – wer dazugehört und wer nicht

Philipp Schmickl

Im Jahr der Chancengleichheit sagt die EU der Diskriminierung von Minderheiten den Kampf an und diskriminiert dabei selbst.

Die Europäische Union rief das "Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle" aus. Ich musste diesen Titel öfter lesen, um mich an den Zusatz "für alle" zu gewöhnen. Braucht es diesen Zusatz? Oder: Warum wurde er angefügt? Ein "Europäisches Jahr der Chancengleichheit" würde, meinem Sprachverständnis nach, schon alle Menschen miteinschließen, auch jene, die nicht EuropäerInnen sind und/oder nicht das Recht haben, sich in Europa aufzuhalten (laut den Gesetzen der EU), denn Chancengleichheit sollte Chancengleichheit bedeuten. Ein "Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle" bedeutet meiner Meinung nach keine Ausweitung auf die oben genannten Menschen, sondern eine Beschränkung auf alle EuropäerInnen. Menschen ohne europäischen Pass bzw. ohne gültigen Aufenthaltstitel in einem EU-Mitgliedstaat gehören nicht dazu. Wie ich zu dieser Annahme komme, versuche ich nun darzulegen.

"Einfache" Diskriminierung

Ein Auszug aus der Rahmenstrategie für Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit für alle: "Seit vielen Jahren ist die EU Vorreiter in der Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts und in der Förderung der Chancengleichheit für Frauen und Männer. In jüngerer Zeit hat sie sich auch des Schutzes der Menschen gegen Diskriminierungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung angenommen."¹

Bevor ich zum Eigentlichen komme, möchte ich kurz noch meine Verwunderung darüber ausdrücken, dass in einem Text der Europäischen Union von 2005 das Wort Rasse noch immer in Zusammenhang mit Menschen gebraucht wird. Es hat angesichts unserer Geschichte in diesem Text nichts verloren und könnte, für jeden verständlich, durch den Hinweis auf die Hautfarbe ersetzt werden.

In der Einleitung des Dokuments, aus dem ich oben zitiert habe, wird von der Gleichberechtigung der Menschen gesprochen. Nachdem kein Hinweis darauf zu finden ist, wer diese Menschen sind – denn es wurde immer nur auf die einzelnen Gruppen hingewiesen, die Diskriminierung erfahren -, muss ich annehmen, dass es sich um um Minderheiten unter den EU-BürgerInnen handelt. Ich will sie hier "einfach diskriminierte Menschen" nennen, wobei ich mir immer wieder bewusst zu machen versuche, was es bedeutet, aufgrund irrationaler Vorurteile diskriminiert zu werden, was ich auf keinen Fall verharmlosen möchte. Mir liegt aber etwas auf dem Herzen: Keine Beachtung finden – sonst wären sie ausdrücklich gekennzeichnet - jene Menschen, die keinen "europäischen Pass" oder keinen "europäischen Aufenthaltstitel" haben. Ausdrücklich gekennzeichnet wären sie ganz bestimmt, denn "sonst" haftet immer das Stigma der Illegalität an ihnen.

"Mehrfache" Diskriminierung

Zur genaueren Erklärung möchte ich den Begriff "Chancengleichheit" pragmatischformal betrachten und mich nicht inhaltlich mit ihm auseinandersetzen. Das heißt, ich möchte nur fragen, für wen sich die Inhalte der Kampagne für Chancengleichheit letztendlich positiv auswirken werden und wer davon weniger oder gar nicht profitieren kann. Darum setze ich Chancengleichheit mit Recht gleich, d. h. dem Recht auf Chancengleichheit, um in weiterer Folge klarer argumentieren zu können.

Wenn Chancengleichheit ein ziviles Recht ist, und das ist es, haben alle BürgerInnen der Europäischen Union darauf Anspruch. Also jene, die einen EU-Pass besitzen. Darunter fallen nicht: politische Flüchtlinge, deren Status noch nicht anerkannt ist. So genannte Wirtschaftsflüchtlinge, die in den meisten Fällen abgeschoben werden, fallen auch nicht darunter, auch nicht für die Zeit, die sie in Europa verbringen. Eine weitere Gruppe, die es bitter nötig hätte, von der Chancengleichheit zu profitieren, wären klandestine ImmigrantInnen, also sich "irregulär" in der EU aufhaltende Menschen. Diese können es nicht einmal wagen, von derartigen Maßnahmen, bis auf die einer Amnestie wie in Spanien etwa, zu

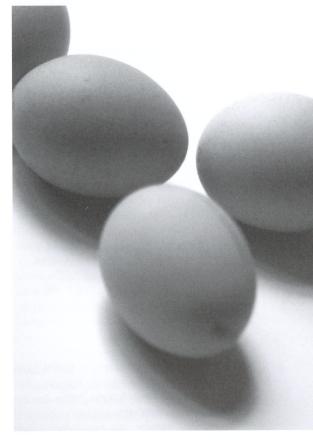
profitieren. Somit bleibt eine große Gruppe von Menschen ausgesperrt, obwohl sie viel an Hilfe notwendig hätte.

Da diese Menschen in ihrer überwiegenden Mehrheit keinen privilegierten Status haben, also neben ihrem "irregulären" Dasein innerhalb der Schengengrenzen meist noch ethnischen und/oder religiösen (in Europa) und/oder anderen Minderheiten angehören, möchte ich sie hier "mehrfach diskriminierte Menschen" nennen. Diese nicht offizielle Gruppe von Menschen findet im offiziellen Europa keine Beachtung. Sie wird einerseits von institutioneller Seite diskriminiert, zumindest insofern, als sie kein Anrecht auf die Fördermaßnahmen zur Chancengleichheit hat, und andererseits ist sie den alltäglichen Diskriminierungen, analog den "europäischen" Minderheiten, ausgesetzt. Somit kommt es zu einer Festschreibung und Perpetuierung der Ungleichheit von Menschen, selbst dann, wenn es um "Chancengleichheit für alle" geht.

Fußnote

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0224de01.pdf (5. 2. 2007).

Philipp Schmickl, Student der Kultur- und Sozialanthropologie.



"Schon wieder ein "Europäisches Jahr'!" werden viele seufzen, wenn sie hören, dass die Europäische Union 2007 zum "Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle" ausgerufen hat. Wobei: Nicht-InsiderInnen haben davon ohnehin noch nichts bemerkt, wiewohl bereits zwei Monate des Jahres verstrichen sind; denn auch in Österreich sind die Aktivitäten dazu noch in Vorbereitung und laufen erst an. Oft passiert es ja bei diesen Themenjahren, dass – kaum ist die Sache endlich in Schwung gekommen – das Jahr auch schon wieder um ist. Wodurch die Anliegen zu verpuffen drohen, noch ehe sie richtig unters Volk gebracht worden sind, zumal schon das nächste Jahr unter einer neuen, nicht minder wichtigen Devise dräut.

Ein Mosaik nimmt Gestalt an

Kurt Krickle

Skepsis in Bezug auf die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit solch jährlich wechselnder Schwerpunktsetzung scheint daher durchaus angezeigt. Kann die Bevölkerung tatsächlich auf diese Art und Weise für ein – zweifellos wichtiges Thema sensibilisiert und für ein bedeutsames Anliegen positiv beeinflusst werden? Das hängt wohl von vielen Faktoren ab. Einer davon ist sicherlich, wie "sexv" ein Thema ist – wer erinnert sich noch ans "Europäische Jahr der Sprachen" (2001) oder gar ans "Europäische Jahr des jungen Kraftfahrers" (1995)? Weitere Faktoren sind natürlich der Mitteleinsatz und wie engagiert die verschiedenen Akteure - Politik, Behörden, Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen, Medien usw. – an der Propagierung mitwirken und wie breit die Basis ist, auf der sie zusammenarbeiten.

Fortführung europäischer Initiativen

Für kleine bzw. vergleichsweise ressourcenarme NGOs, wie etwa die *Homosexuelle Initiative* (HOSI) Wien, in der sich alle AktivistInnen nach wie vor ausschließlich ehrenamtlich engagieren, stellt sich ohnehin jedes Mal sofort die Prioritätenfrage: Haben wir überhaupt die Kapazitäten, uns wirksam einzubringen? Zahlt es sich überhaupt aus? Oder können wir unsere begrenzten Ressourcen in anderen Projekten und Aktionen nicht viel effektiver und sinnvoller einsetzen?

Was das aktuelle Jahr betrifft, ist insofern mehr Optimismus angebracht, als es in gewisser Weise auf eine Reihe von früheren Themenjahren und auch sonstigen europäischen Initiativen und Proiekten aufbauen kann und diese weiterführt, was Synergien über die Jahre hinweg schafft und damit einen nachhaltigeren Effekt erzeugt. Immerhin ist jetzt sechs Jahre lang das Aktionsprogramm der EU zur Bekämpfung von Diskriminierung (2001-06) gelaufen, in dessen Rahmen neben der mehrjährigen EU-weiten Kampagne "Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung" auch viele und vielfältige Aktivitäten sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene durchgeführt

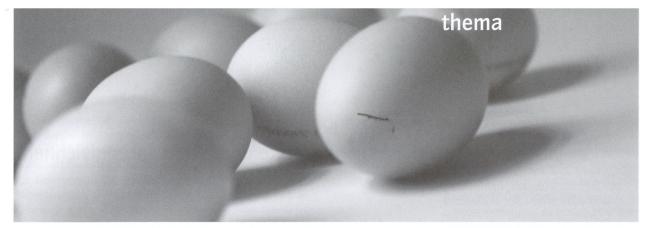
Dieses Aktionsprogramm geht bekanntlich auf Artikel 13 des 1999 in Kraft getretenen Vertrags von Amsterdam zurück, durch den

der EU erst die Kompetenz übertragen wurde, "Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen". Auf Basis dieses Artikels 13 EG-Vertrag hat die EU zwei Antidiskriminierungsrichtlinien erlassen, die von allen 27 Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden mussten. Für Lesben und Schwule stellt eine davon, die Richtlinie 2000/78/EG "zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf", überhaupt die wichtigste rechtliche Einzelmaßnahme weltweit in der Geschichte dar, denn sie führte dazu, dass jetzt in 27 Staaten Europas ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in der Arbeitswelt besteht.

Das diesjährige "Jahr der Chancengleichheit für alle" steht auch in einer Reihe von thematisch ähnlich gelagerten Jahren, die 1993 mit dem "Europäischen Jahr der älteren Menschen" begann, 1997 mit dem "Europäischen Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", 1999 mit dem "Europäischen Jahr zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen" und 2003 mit dem "Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen" fortgeführt wurde – und auch 2008 wird es mit dem "Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs" thematisch verwandt weitergehen. Und vielleicht wird es ja irgendwann auch einmal ein "Europäisches Jahr gegen Homophobie" geben, wie es die europäische Lesben- und Schwulenbewegung bereits vorgeschlagen hat. Aber das ist wohl nicht so leicht durchsetzbar und eher Zukunftsmusik. Aber wer weiß - vielleicht

Drei Zielvorgaben, vier Schlüsselthemen

Weiters berührt das Jahr der Chancengleichheit gesellschaftspolitische Bereiche und Aspekte, die seit einigen Jahren intensiv diskutiert werden und ganz oben auf der Tagesordnung auch vieler NGOs stehen, wie etwa "Diversity Management" in den Betrieben oder die "gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (GVU)"



 besser bekannt auch als "Corporate Social Responsibility (CSR)".

Daher wird auch für die Lesben- und Schwulenbewegung, die schon seit langem zu vielen der genannten Themen gearbeitet hat und in viele dieser Aktivitäten involviert gewesen ist, die Herausforderung des Jahres der Chancengleichheit in erster Linie darin bestehen, an die bisher geleistete Arbeit und all die Initiativen und Projekte anzuknüpfen, auf den bisher errichteten Fundamenten weiterzubauen, Räder-Neuerfindungen tunlichst zu vermeiden und jede sich bietende neue Chance zu nützen, um weiter für die umfassende Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen zu arbeiten.

In diesem Sinn kann sich die Lesben- und Schwulenbewegung auch relativ problemlos in die drei für das Jahr der Chancengleichheit formulierten Zielvorgaben einklinken, die da sind: 1. Den Menschen ihre Rechte auf Gleichbehandlung und ein Leben ohne Diskriminierung deutlicher bewusst zu machen, 2. Chancengleichheit für alle zu fördern und 3. eine breitere Debatte über den Nutzen von Vielfalt sowohl für Europas Gesellschaft als auch für jede und jeden einzelne/n einzuleiten.

Die Aktivitäten im Rahmen des Jahres sollen sich um vier Schlüsselthemen drehen, die mit folgenden Schlagwörtern zusammengefasst und aufgrund des Anfangsbuchstabens im Englischen plakativ als die "vier R" bezeichnet werden: Rights (Rechte), Representation (Vertretung), Recognition (Anerkennung) und Respect (Achtung):

Damit ist im einzelnen gemeint:

Rechte: Sensibilisierung der öffentlichen Meinung im Hinblick auf das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sowie auf die Problematik der Mehrfachdiskriminierungen;

Vertretung: Anreize zu einer Debatte über die Möglichkeiten zur besseren gesellschaftlichen Einbindung von Gruppen mit Diskriminierungsopfern sowie zu einer ausgewogeneren Beteiligung von Frauen und Männern:

Anerkennung: Erleichterung und Würdigung von Vielfalt und Gleichbehandlung; Achtung: Förderung einer toleranteren

Achtung: Förderung einer tolerantere und solidarischeren Gesellschaft.

Drei Ziele für ILGA-Europa

In Anlehnung an diese "offiziellen" Vorgaben der EU-Kommission hat *ILGA-Europa*, der Europäische Regionalverband der *International Gay and Lesbian Association*, drei konkrete Ziele formuliert, die die europäische Lesbenund Schwulenbewegung bis zum Ende des heurigen Jahres am liebsten verwirklicht sehen möchte:

1. Ausbau des Diskriminierungsschutzes: Mit ihren beiden vorhin genannten Antidiskriminierungsrichtlinien hat die EU nämlich selbst unterschiedliche und damit diskriminierende Schutzniveaus für die einzelnen von Diskriminierung betroffenen Gruppen geschaffen. So sind Personen außerhalb der Arbeitswelt nur vor Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit geschützt, etwa in Bereichen wie Sozialschutz, soziale Vergünstigungen, Bildung und Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, einschließlich Wohnraum. Die meisten Mitgliedsstaaten haben diese Hierarchie beim Schutz vor Diskriminierung bei der Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht beibehalten - leider auch Österreich.

Heuer bietet sich die Chance, diese Hierarchie zu beseitigen, da bis zum 21. Dezember 2007 auch die Richtlinie 2004/113/EG "zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen" in nationales Recht umgesetzt werden muss. Das wäre die Gelegenheit, durch ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz einen einheitlichen Schutz für alle Menschen und Gruppen zu schaffen, wie es ohnehin aufgrund der Verfasung und der Menschenrechtskonventionen erforderlich wäre.

2. Anerkennung von in einem EU-Staat geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehen und Eingetragenen Partnerschaften in und durch alle anderen Mitgliedsstaaten: Die EU-Richtlinie 2004/38/EG "über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten", die am 30. April 2006 EWR-weit Gültigkeit erlangte, ist hier leider nur ein halbherziger erster Schritt in diese Richtung. Und für Österreich

heißt es natürlich zuerst einmal, gleichgeschlechtliche Partnerschaften überhaupt gesetzlich anzuerkennen und rechtlich der Ehe gleichzustellen. Es ist zwar unrealistisch, dies für 2007 zu erwarten, aber auf ein oder zwei Jahre soll es nicht ankommen!

3. Sichtbarkeit von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen: Hier gilt es, deren Ausgrenzung zu überwinden und sie in Aktivitäten und auch in Entscheidungsprozesse sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene einzubinden. In diesem Zusammenhang geht es nicht zuletzt darum, die verstärkte Sichtbarkeit der Betroffenen auch sicher lebbar zu machen. Das heißt, für ein sicheres Umfeld ist zu sorgen, in dem ein Coming-out und Sichtbarkeit ohne negative Konsequenzen möglich sind – und zwar in allen Lebensbereichen - wie Arbeitsplatz. Schule, Familie, auf der Straße, kurzum in allen Lebenslagen, im gesellschaftlichen Leben und überall im Alltag.

Natürlich ist gerade dieser dritte Punkt ein ehrgeiziges Ziel, mit dessen Verwirklichung innerhalb eines Jahres nicht zu rechnen ist, aber es geht ja auch darum, Utopien in den Raum zu stellen, um ein deutliches Signal auszusenden, dass man diesen Ansatz und Anspruch tatsächlich mittel- bis langfristig verfolgt.

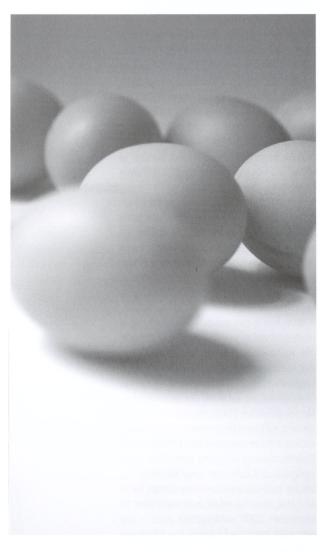
Dass hier in den meisten Ländern Europas noch sehr viel zu tun ist, zeigen nicht zuletzt die rechtzeitig zum Auftakt des Jahres der Chancengleichheit veröffentlichten Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zur Diskriminierung aufgrund der verschiedenen Merkmale in den Mitgliedsstaaten. Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung wird laut dieser europaweiten Umfrage nach Diskriminierung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit und aufgrund einer Behinderung als am weitverbreitetsten angesehen. Es ist also klar, dass die Arbeit auch nach dem 31. Dezember 2007 weitergehen muss - wie sehr man auch die Chancen des Jahres der Chancengleichheit nützen wird können ...

Informationen im Web:
http://equality2007.europa.eu
http://ec.europa.eu/public_opinion
www.ilga-europe.org
www.chancen-gleichheit.at
www.klagsverband.at
www.hosiwien.at

Kurt Krickler

ist Generalsekretär der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien und Ehrenvizepräsident der ILGA (International Lesbian and Gay Association)-Europa.

"Wenn man bedenkt, dass Dänemark 2,2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Betreuung und die Gewährleistung der Selbstständigkeit behinderter und alter Menschen aufwendet, Österreich aber nur 0.9 Prozent. und wenn man weiters in Rechnung stellt, dass eine Erhöhung auf das dänische Niveau die so genannte Pflegedebatte mit einem Schlag zum Verstummen brächte, weil alle Betroffenen bedarfsgerecht unterstützt werden könnten, dann können Sie ermessen, wie weit wir von einer Lösung entfernt sind."



Erwin Riess ist Schriftsteller, langjähriger Aktivist in der Behindertenbewegung und Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten.
Zuletzt erschienen: "Der letzte Wunsch des Don Pasquale" (Otto Müller Verlag: Salzburg 2006).

Das Rosengärtlein, die Scheidungsrate und die Chancengleichheit

Groll und der Dozent standen vor dem Café Landtmann und beobachteten den Verkehr. Der Dozent zeigte sich von einem weißen Fiaker angetan, Groll lehnte das Gefährt aber vehement ab, weil es weder mit Rampe noch Hebeplattform ausgestattet war. Er präferierte den Porsche, der neben dem Fiaker stand. In ihm vermeinte er ein geeignetes Behindertenfahrzeug zu sehen, wenn auch mit der kleinen Einschränkung, dass seiner Meinung zufolge ein Aston Martin Vanquish oder ein getunter Ferrari-Zwölfzylinder diese Rolle noch besser erfüllen würde. Der Dozent mochte sich Groll nicht anschließen. Er gebe zu bedenken, sagte er, dass das öffentliche Bild von behinderten Menschen durch einen derart pompösen Auftritt leiden würde. Groll erwiderte, schon aus diesem Grund wäre es wichtig. Sportautos behindertengerecht zu bauen. In einem Land, das seit Jahrzehnten von "Licht ins Dunkel"-Kampagnen überzogen werde, die behinderte Menschen durch eine allgegenwärtige Mitleidswalze unterdrückten, sei es notwendig, über das öffentliche Bild der vermeintlichen Problemwesen zu sinnieren. Ein radikaler Bruch mit dem Bild der hilflosen Spendemagneten zum höheren Werbewert von Konzernen sei hoch an der Zeit.

Der Dozent kannte Grolls Aversion gegen karitative Unternehmungen und wechselte das Thema. Er erzählte von einem interessanten jungen Mann, den er neulich kennengelernt hatte.

"Markus ist neunundzwanzig Jahre alt und stammt aus einer Gegend Österreichs, die ich als Kind mit meinen Eltern im Urlaub oft besuchte, aus dem Dunkelsteinerwald.* Wir wohnten damals in Maria Langegg und machten uns jeden Tag zu einer Wanderung auf. Seltsamerweise endeten alle auf der Ruine Aggstein, wo mein Vater immer wieder versuchte, meine Mutter auf das lebensgefährliche Rosengärtlein hinaus zu locken."

"Ein Rosengärtlein – und lebensgefährlich?" fragte Groll.

Der Dozent verschränkte die Hände auf dem Rücken und fuhr fort. "Der Name ist eine Untertreibung. In Wirklichkeit bezeichnet der Ort einen winzigen Felsvorsprung, auf dem gerade zwei Menschen Platz finden. Vor dem Besucher des sogenannten Gärtleins liegen das Donautal und ein hunderte Meter tiefer Felssturz. Im Mittelalter sperrten die Kuenringer dort Gefangene aus, um Informationen aus ihnen herauszupressen. Nicht wenige stürzten, vor Angst wahnsinnig geworden, in die Tiefe. Heute ist das Rosengärtlein mit einem Geländer gesichert, dennoch ist es ein Leichtes, jemanden dort für immer loszuwerden. Ein "Unfall" ist rasch geschehen."

"Ich brauche also nicht nachzufragen, wie es um die Ehe Ihrer Eltern bestellt war", sagte Groll

Der Dozent lächelte. "In der Tat, die Frage ist obsolet. Meine Eltern wären vor der Scheidung gestanden, hätte nicht ein ansehnliches Vermögen sie aneinander gekettet."

"Sie beschreiben einen Weg zur Senkung der Scheidungsrate", sagte Groll. "Man braucht bloß Millionäre aus den Menschen zu machen. Sie sollten einen Vorstandsposten beim Katholischen Familienverband anstreben. Aber, von Ihrer lichten Zukunft einmal abgesehen – Sie wollten mir doch von dem jungen Mann aus dem Dunkelsteinerwald erzählen."

"Danke für den Hinweis, ich hätte nicht darauf vergessen", erwiderte der Dozent pikiert. "Der Mann sitzt wie Sie im Rollstuhl. An seinem einundzwanzigsten Geburtstag stürzte er von einer Leiter und brach sich den vierten Brustwirbel. Seither lebt der junge Landwirt auf dem Hof und bringt sich mit diversen elektronischen Hilfsarbeiten durch. Er bekommt zwar eine Unfallrente, aber im Dunkelsteinerwald kann man damit herzlich wenig anfangen. Man sollte ihm eine Wohnung in der Stadt und eine geeignete Arbeit anbieten. Wissen Sie, was Markus über seinen Unfall sagt: Man soll an seinem Geburtstag nicht arbeiten."

"Ein großartiger Satz", sagte Groll. "Mehr wert als hundert Abhandlungen über das Schicksal und die Sozialpolitik im Monopolkapitalismus. Wer sich Sätze wie diesen erarbeitet hat, ist zwar von der Leiter, nicht aber auf den Kopf gefallen."

"Ja, der gute Markus ist klug und gewandt", pflichtete der Dozent Groll bei. "In der Stadt würde er aufblühen." "Dazu müsste man das Pflegegeld aber deutlich erhöhen", meinte Groll. "Wenn man bedenkt, dass Dänemark 2,2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Betreuung und die Gewährleistung der Selbstständigkeit behinderter und alter Menschen aufwendet, Österreich aber nur 0,9 Prozent, und wenn man weiters in Rechnung stellt, dass eine Erhöhung auf das dänische Niveau die so genannte Pflegedebatte mit einem Schlag zum Verstummen brächte, weil alle Betroffenen bedarfsgerecht unterstützt werden könnten, dann können Sie ermessen, wie weit wir von einer Lösung entfernt sind."

Der Dozent beugte sich zu Groll hinab und fragte leise: "Um welchen Betrag geht es?"

"Vier Milliarden Euro."
"So viel?" Der Dozent schluckte.

"Ungefähr so viel, wie der Ankauf der Eurofighter oder der Bau des Koralmtunnels kosten", sagte Groll und setzte sich in Richtung Porsche in Bewegung.

Der Dozent folgte ihm.

"Sie und Ihre behinderten Kollegen und Kolleginnen müssen sich also nur gegen die Europäische Waffenindustrie und das südliche Bollwerk Österreichs gegen slawischen Expansionismus behaupten", sagte er und fügte, mitten auf der Fahrbahn stehenbleibend, hinzu: "Ich zweifle nicht, dass Sie einem überzeugenden Sieg zustreben. Immerhin besteht in unserem

demokratischen Staat eine verfassungsmäßig verbriefte Chancengleichheit."

Groll warf dem Dozenten einen tadelnden Blick zu. Er schätzte es nicht, wenn sein Bekannter sarkastisch wurde. Der Sarkasmus, soviel hatte Groll vom Leben gelernt, ist schlecht für den Teint; besonders bei älteren Herren verzerrt er die Züge. Und es waren unter anderem die jugendlichen Linien um Mundwinkel und Augen, die Groll am Dozenten schätzte.

Minuten später waren die beiden damit beschäftigt, die Bodenfreiheit des Porsches mit der von Grolls Rollstuhl zu vergleichen.

* Vorname des Mannes geändert.





Die Grüne Bildungswerkstatt ist eine Ideenwerkstatt mit dem Ziel

- politische Inhalte mit einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren
- zur Bewusstseinsbildung über politische Zusammenhänge beizutragen und zu politischem Handeln zu motivieren
- das nötige Handwerkszeug für politische Beteiligung anzubieten
- als Schnittstelle zwischen ExpertInnen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen AkteurInnen aufzutreten
- grundsätzliche Orientierungen für die Programm- und Bildungsarbeit zu entwickeln.

Im Zentrum unserer Bildungsarbeit steht die Suche nach einem umfassenden Denkrahmen für grüne Politik, der neben dem Grundwert der Ökologie auf Solidarität, Basisdemokratie, Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit und auf einer feministischen Grundhaltung beruht.

Anzeig

Verlieren wir nicht die Potenziale der sozialen Vielfalt, wenn die BewohnerInnen der "Ausländerenklaven" von ihren zentralen Lebensräumen in die strukturschwachen Stadtrandsiedlungen verdrängt werden, die sie dann mit anderen schwachbemittelten BewohnerInnen teilen?

Von Ausländer-Getto zum Szeneviertel?

Betül Bretschneider

Tageszeitungen schlagen Alarm: "Schleichende Gettoisierung in bestimmten Gebieten Wiens!" Die feurigen Bilder der Pariser Vorstädte aus dem Fernsehen und die Reiseerinnerungen an das berühmt-berüchtigte Berliner Kreuzberg werden wach.

Was bedeutet "Getto" heute? Eine schnelle Internet-Suche lieferte die folgenden Defini-

tionen und Beschreibungen: Ein Stadtviertel. in dem eine bestimmte Bevölkerungsgruppe in gezwungener Isolation lebt oder aber auch einer starken kulturellen und sozialen Segregation unterworfen ist. Dabei sind die Gettos der Techno-Szene (wie in Detroit) aus den US-Vorstädten nicht zu vergessen, die eine romantische Meinungsverschiebung verursachten. Die Gettos der ethnischen Gruppen wie Afro-Americans oder Hispanics verwandelten sich in die Kulissen einer gigantischen Musikindustrie. Auch in den entlehrten Zentren mit unsicheren Straßen, grün-bewachsenen Gehsteigen, Schienensträngen und abgerissenen Häuserblocks sind nur die Randgruppen zurückgelassen worden. Die "anderen" waren schon lange in ihren Einfamilienhäusern in Suburbia, die mit staatlicher Wohnbauförderung finanziert Segregation und Gentrification

Kreuzberg im Berlin der 80er Jahre: Gelangweilte Punk-Girls gleich neben den genauso gelangweilten türkischen Frauen auf grünen Wiesen, Mehr besetzte Häuser, weniger Stadterneuerung prägen meine Erinnerungen. Heute ist das Viertel fester Bestandteil aller Touristenführer. Obwohl die Berliner Bobos zum Teil aus Kreuzberg ausziehen, "aus der Oranienstraße zur Oranienburger Straße", hieß es, pulsiert Kreuzberg weiterhin.

Dass die Segregation der – überwiegend - Türkeistämmigen des Berliner Westens in der Mitte des historisch gewachsenen Gebiets (in Kreuzberg) stattgefunden hat, war sicher ein Glück für die gesamte Stadt, besonders in Anbetracht der Situation der Stadtrandsiedlungen (Plattenbauten) des Berliner Ostens wie Marzahn oder Lichtenberg, mit den ImmigrantInnen aus Afrika, Russland und dem restlichen ehemaligen Ost-Block. Diese Gebiete haben keine Chancen, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Fehlende Infrastruktur, fehlende soziale Einrichtungen und Monofunktionalität sind einige der Gründe, warum sie zu so genannten No-go-Areas geworden sind, zu Orten des wachsenden Rassismus

In Wien gibt es keinen Stadtteil, der einem derartigen Transformationsprozess unterworfen ist. Vielleicht das Brunnenviertel? Seit Jahren laufen Gentrification¹-Programme und Aufwertungsprojekte für das Gebiet mit ethnischer Konzentration. Obwohl die Türkeistämmigen nicht die Mehrheit² der Zugewanderten bilden, sind sie in den Straßenbildern des Quartiers allgegenwärtig, vor allem wegen des langgezogenen Brunnenmarkts, der früher mal mit aneinander gereihten Gemüse- und Obstständen bestückt war, heute von Geschäften mit türkischer Ware und von Kebap-Restaurants dominiert ist.

Gründe "ethnischer Konzentration"

Es gibt bestimmte Gründe für die soziale bzw. ethnische Konzentration in bestimmten Vierteln wie dem Brunnenviertel oder dem Stuwerviertel. Einerseits agiert der Wohnungsmarkt selektiv bis restriktiv: Die MigrantInnen kommen in anderen Gebieten der Stadt nicht leicht an die angebotenen

Wohnungen. Andererseits, weil sie am Arbeitsmarkt beschränkte Chancen haben, weit unter dem Einkommensniveau der anderen StadtbewohnerInnen verdienen, wegen ihrer prekären Arbeitsverhältnisse von der Arbeitslosigkeit viel öfter betroffen sind, sind sie auf leistbare Wohnungen angewiesen, die allerdings in der Kernstadt immer knapper werden. Dadurch entsteht eine große Nachfrage nach Wohnungen in den so genannten Ausländervierteln, die für die Zugewanderten in Frage kommen.

Zudem öffnet die ethnische Konzentration soziale und wirtschaftliche Vernetzungsmöglichkeiten, die sich meist um die offenen Märkte Wiens bilden und von Solidarität, Erfahrungsaustausch, kulturellen Einrichtungen bis zu Arbeitsplatzangeboten erstrecken.

Von der Diskriminierung am Arbeitsund Wohnungsmarkt profitieren einige Haus- und WohnungseigentümerInnen, die kein Interesse an Verbesserungs- und Erhaltungsinvestitionen zeigen. Ihre Immobilien sind unter diesen Umständen lukrativer, weil sie für Substandardwohnungen hohe Mieten verlangen können. Sogar die attraktiven Förderungsangebote der Stadt für Gebäudesanierung lassen sie kalt. Diese Art der Desinvestition als marktübliche Verhaltensweise, die mindestens seit den Anfängen der Industrialiserung existiert, löst eine ausstrahlende Stigmatisierung und Abwertung eines Viertels aus. Das wird von anderen StädterInnen und Behörden den ethnisch-kulturellen Eigenschaften der MigrantInnen zugeschrieben.

Migrantische Nahversorger

Die Familien mit Migrationshintergrund machen sich zunehmend selbstständig, nicht zuletzt wegen des zwingenden Nachweises eines Einkommens für die Aufenthaltsgenehmigung. Außerdem zeigen die Kinder der ersten Generation einen größeren Willen, in Österreich zu investieren - auch wegen ihres geringeren Ausbildungsniveaus und dadurch fehlender arbeitsmarktkonformer Qualifikationen; die Industriearbeitsplätze ihrer Eltern – der GastarbeiterInnen – sind so gut wie nicht mehr vorhanden.

Anfänglich orientierten sich die neuen UnternehmerInnen an den Einkaufsbedürfnissen eigener Landsleute. Sie verwandelten sich mit der Zeit von den Nischengeschäften zu allgemeinen Nahversorgern für das gesamte Viertel. Sie belebten die Handwerksbetriebe wie Änderungsschneiderei, Schuhreparatur oder Schlosserei wieder. Sie sind nicht mehr die Unternehmen in ihren ethnischen Nischen, sondern dienen auch der allgemeinen Versorgung des Viertels. So schließt sich der Kreis, in dem Arbeitsplätze geschaffen werden und die Kaufkraft sich erhöht, und so bleiben die kleinen Betriebe und Geschäfte der Umgebung, die Nahversorger, erhalten.

In diesem Kreis sind auch die jungen BewohnerInnen nicht zu vergessen, angezogen von den günstigen Mieten und der "exotischen" Belebtheit dieser Viertel. bestückt mit Bäckern. Imbissgeschäften und Gastronomiebetrieben. Jene Nahversorger. die Lebensqualität schaffen, sind in den Standortauswahlkriterien der Immobilienhranche immer wieder zu finden.

Im Moment der abklingenden heimischen Industrie, die sich auf der Weltreise befindet, wird eine Reihe von Städten in Deutschland darauf aufmerksam, dass die kleinsten Unternehmen, die einen sehr großen Anteil in den Unternehmens- und Beschäftigtenzahlen ausmachen, eine deutlich stabilisierende Rolle für die mikro-ökonomischen Strukturen einer Stadt spielen. So rücken die Kleinstunternehmen der postindustriellen Städte in den Mittelpunkt.

Wer sind die Betreiber der Kleinstunternehmen? Es gibt zwar branchenspezifische und standortbezogene Unterschiede, trotz fehlender statistischen Daten könnte aber ohne Weiteres behauptet werden, dass die kleinen Nahversorgergeschäfte zunehmend von Familien mit Migrationshintergrund betrieben werden, obwohl die Überlebenschancen und Verdienstmöglichkeiten gering sind. In Städten wie Paris, London, Berlin und inzwischen auch Wien ist dies deutlich sichtbar. Die abhanden gekommenen Greißler wurden bekanntlich von den kleinen Läden der Migrantenfamilien abgelöst.

Problem oder Chance?

Die gefürchtete Segregation, die im ersten Augenblick wie ein Abwertungszeichen aussieht, wird nun in manchen anderen Städten Europas von StadtexpertInnen als Chance, nicht als Problem gesehen. In Wien

Die Nachlässigkeit der Schaufenster und die billige provisorische Ausstattung jener Betriebe mag dem Viertel einen vergleichsweise armen Charakter verleihen. Diese Erscheinungsbilder haben einerseits mit der Kaufkraft der Bevölkerung zu tun, weil die Betriebe nicht unbedingt die besondere, sondern die billigste Ware darbieten. Sie sind ständig in ihrer Existenz gefährdet, daher können sie kaum in die Gestaltung investieren. Außerdem haben Sie wenig Erfahrungen und verfügen über wenig Wissen bezüglich baulicher Ausstattung und

Präsentation. Da stellt sich die Frage, inwiefern diese Unternehmen, z. B. Geschäfte der meist Türkeistämmigen am Brunnenmarkt, an die Förderungs- und Betreuungsnetze angeschlossen sind und ob sie sich als Unternehmer akzeptiert fühlen.

Der Bezirksvorsteher eröffnete die jüngste und sehr gut besuchte Informationsveranstaltung zur Zukunft des Brunnenmarktes mit der folgenden Parole: "Der Brunnenmarkt wird zum Naschmarkt!". Müdes Gelächter. Wird der Naschmarkt im wahren Sinn des Wortes als Markt bleiben, oder ist er bereits eine monofunktionale Gastronomie-Oase, die mittelfristig deswegen existenzgefährdet ist? Die Gespräche mit Standbesitzern und Geschäftsleuten des Brunnenviertels erwecken den Eindruck, dass sie sich nicht zukunftsfähig sehen, weil die Baustelle des letzten Jahres zwar Infrastruktur gebracht, aber Kunden verscheucht hat. Zudem bringt die noch bevorstehende Bautätigkeit im Straßenraum und auf den angrenzenden Grundstücken die BetreiberInnen in noch mehr Schwierigkeiten. Einige etablierte Betriebe suchen bereits Nachfolger, weil sie das Viertel verlassen wollen. Die überraschenden Untersuchungsergebnisse des Service Center Geschäftslokale der WKO Wien zeigen hingegen eine erhebliche Kaufkraftentwicklung (zwischen 1997 und 2002) im Brunnenviertel. Entsteht gerade dort eine "neue" Mittelschicht?

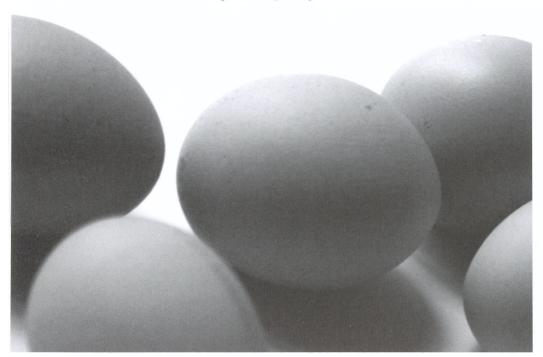
Verlieren wir nicht die Potenziale der sozialen Vielfalt, wenn die BewohnerInnen der "Ausländerenklaven" von ihren zentralen Lebensräumen in die strukturschwachen Stadtrandsiedlungen verdrängt werden, die sie dann mit anderen schwachbemittelten BewohnerInnen teilen? Wie in vielen anderen Städten Europas entwickeln sich auch unter den MigrantInnen radikale Bewegungen. Jedoch fallen die Ideologien wie nationalistischer oder religiös-politischer Extremismus unter ZuwanderInnen immer noch milder aus als der Rechtsextremismus in den Stadtrandsiedlungen.

Wichtig ist ein Paradigmenwechsel in Sachen Stadtpolitik und Stadterneuerung, die sich bisher gegen den "Gettoisierungstrend" positionierte. Die Entwicklungspotenziale jener "Ausländer-Gebiete" sollten dringend erkannt und unterstützt werden.

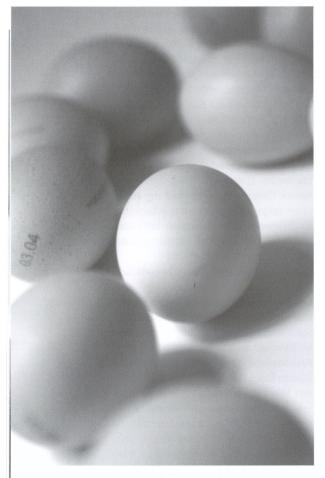
- Eine Immobilienentwicklung durch Stadterneuerung, um ein heruntergekommenes Viertel der Mittelschicht zu öffnen bzw. Investoren zu mohilisieren
- Im 16. Wiener Gemeindebezirk machen 4.744 Türkeigebürtige 18,6 % der insgesamt 25.480 im Ausland Geborenen aus (Volkszählung 2001).

Betül Bretschneider ist Architektin und arbeitet in den letzten Jahren an Forschungsprojekten zur

Stadterneuerung und Stadtplanung.



Nur wer sich in den Mehrheitsorganisationen bewegt, wird
als respektabel und integriert
wahrgenommen. Die hegemoniale
Wahrnehmung ist lediglich in der
Lage, das zu sehen, was sie will,
und beurteilt diese nur so, wie sie
will – weswegen eine Migrantin
ein 20-köpfiges Arbeitsteam in der
Perspektive der Mehrheit schon als
interkulturelles Team erscheinen
lässt, während ein türkischer
Fußballverein die gesamte Nation
in Schrecken versetzen kann.



María do Mar Castro Varela ist Politologin, Mitgründerin des Instituts für Migrations- und Ungleichheitsforschung (IMUF) und hat zurzeit eine Maria-Goeppert-Mayer-Gastprofessur an der Universität Oldenburg inne. castrovarela@web.de

Nikita Dhawan

ist Philosophin und hat zurzeit eine Maria-Goeppert-Mayer-Gastprofessur an der Universität Oldenburg inne. nikitadhawan@web.de

Chancengleichheit: Hoffnung oder Geschwätz?

Interview mit María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan

Was bedeutet Chancengleichheit aus der Sicht von Angehörigen diskriminierter/marginalisierter Gruppen, wenn also aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen gesprochen/gehandelt wird? Auf der einen Seite ist die Frage nach Chancengleichheit für Minorisierte hoffnungsgeladen, transportiert sie doch nicht nur die Idee sozialer Gerechtigkeit, sondern auch die Hoffnung auf Anerkennung und Sichtbarmachung bestehender Ungleichheitsverhältnisse. Die Frage nach der Chancengleichheit ist damit gewissermaßen utopisch aufgeladen und hat ja tatsächlich auch eine Reihe von Emanzipationsbewegungen beflügelt. Auf der anderen Seite ist Chancengleichheit für viele Minorisierte nichts mehr als wohl artikuliertes Geschwätz, das vor allem denen zum Vorteil gereicht, die damit nicht nur ihren Humanismus unter Beweis stellen können, sondern auch ihre Existenz sichern. Denn während die einen kontinuierlich über Gleichbehandlung sprechen, müssen die zu Anderen Gemachten dabei zusehen, wie sich ihre soziale Lage immer weiter verschlechtert. Und jede Verschlechterung auf der einen Seite schafft konkret Arbeitsplätze auf der anderen Seite. Es scheint uns deswegen notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass gleiche Chancen auch Privilegienumverteilung bedeutet. Insoweit geht es um soziale Kämpfe und weniger um evaluierte sozialarbeiterische Professionalität.

Die kapitalistische Logik verspricht fortwährend, dass, wer Leistung bringt, entsprechend entlohnt wird, doch tatsächlich ist es so, dass Minorisierte nicht gleiche, sondern viel mehr Leistung bringen müssen, um dieselbe Anerkennung (ökonomisch, sozial und symbolisch) zu erhalten. Gleichzeitig wird Minorisierten häufig nicht einmal die Möglichkeit gewährt, ihre Talente zu entfalten. Wer in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert wird, hat kaum Gelegenheit, die eigenen Potenziale unter Beweis zu stellen. Da helfen auch keine noch so spitzfindigen pädagogischen Maßnahmen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilisierung gegenüber Minderheiten.

Aus der Position Minorisierter kann unseres Erachtens das Versprechen von Chancengleichheit nur eine Kampfansage bedeuten, die etwa nach Selbstorganisationen ruft. Allerdings richten wir unser Augenmerk dabei insbesondere auf die globalen Interdependenzen. Eines der aktuellen Probleme politischer Auseinandersetzung im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit ist ein fataler methodologischer Nationalismus, der glaubt, die Effekte eines neoliberalen Turbokapitalismus innerhalb der nationalen Grenzen angreifen zu können, ohne zu bemerken, dass Ruhe im "Westen" mit weiterer Ausbeutung des "Rests" erkauft wird, um ein Bild von Stuart Hall zu bemühen.

Wie kann man sich der Idee der Chancengleichheit annähern, ohne die Heterogenität diskriminierter Gruppen und die Gleichzeitigkeit von Unterdrückungsverhältnissen (z. B. Migrantin, Schwarz, muslimisch, homosexuell) aus dem Blick zu verlieren?

Dies ist eine Frage, die uns schon seit geraumer Zeit beschäftigt, weil wir denken, dass die dominante Identitätspolitik der 1980er und -90er Jahre politisch bedenkliche Effekte mit sich gebracht hat. Dazu zählt etwa die kontinuierliche Viktimisierung sozialer Gruppen, die erst über Diskriminierungspraxen produziert wurden. Weswegen die postkoloniale Feministin Gayatri Spivak sich für eine dekonstruktive Wachsamkeit ausspricht, die das eigene politische Tun immer selbstkritisch betrachtet. Das bedeutet, nicht die selbst erlebten Ausgrenzungserfahrungen zu fokussieren, ohne das eigene Verwobensein im hegemonialen Netz zu reflektieren. So schreibt Spivak durchaus provokant, dass sich MigrantInnenbewegungen im Westen zuweilen parasitär zu Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" verhalten. Das Private ist zwar politisch, aber wie Spivak bemerkt, ist es fatal, das Politische nur auf das Private zu reduzieren.

Wie können also die unterschiedlichen Verletzlichkeiten beachtet werden, ohne in eine problematische "Gleichmacherei" zu verfallen? Die zurzeit sehr beliebten Diversity-Ansätze sehen wir beispielsweise sehr kritisch, weil sie dazu verführen, die Heterogenität von Verletzlichkeitspositionen zu verwischen. Darüber hinaus stehen sie auch im Zeichen der "Verwertbarkeit" oder Kapitalisierung von so genannten "Human-

ressourcen". So heißt es auf der Website der EU pointiert: "Diversity makes business sense." Diversity zahlt sich aus, d. h. ergibt innerhalb einer postfordistischen Logik Sinn. Die Unternehmen bauen hier auf eine höhere Identifikation der ArbeitnehmerInnen mit dem Betrieb, was schließlich eine höhere Produktivität verspricht. Eine Strategie, die selbstredend Ungleichheiten stabilisiert, anstatt sie anzugreifen. Gemeinsam ist Strategien wie "Diversity Management" und "Gender Mainstreaming", dass sie im Grunde depolitisierend wirken. Denn der politische Kampf wird als angebliches Antidiskriminierungsinstrument an offizielle Institutionen weitergegeben, die sich nur wenig für die makropolitischen Rahmenbedingungen interessieren. So stellen sich diese selten gegen die rigider werdenden Grenz- und Kontrollreaimes.

Das alles machte eine offensive *multi-issues*-Politik vonnöten, die eine intersektionelle Perspektive und Analyse ernst nimmt. Intersektionalität kann dabei als der Versuch gewertet werden, die Dynamiken und Verflechtungen unterschiedlicher Diskriminierungen wie z. B. Rassismus, Sexismus, Heterosexismus, Bodyismus usw. zu betrachten und politisch anzugreifen.

Geht es um Gleichbehandlung oder Förderung ("positive Diskriminierung")? Stehen diese Strategien überhaupt notwendigerweise in einem Gegensatz? Welche Strategien haben sich aus eurer Sicht unter welchen Verhältnissen bewährt?

Spannenderweise denken die meisten bei der Frage der staatlich verordneten Strategien gegen Diskriminierung immer gleich an die USA und die so genannte "Affirmative Action". Dagegen ist den Wenigsten bekannt, dass postkoloniale Länder wie Indien und Südafrika wesentlich weitergehende Instrumente entwickelt haben. In Indien wurden nach der Unabhängigkeit von Großbritannien 1947 so genannte "Reservations" eingeführt. Zielgruppe sind hier die "scheduled castes" und "scheduled tribes", die über eine Jahrhunderte lange – bereits vorkoloniale - Diskriminierungsgeschichte verfügen. Die so genannten "Unberührbaren" (heute Dalits) und die indigene Bevölkerung Indiens wurden vor, während und auch nach der Kolonialzeit massiven Ausgrenzungen und Stigmatisierungen ausgesetzt. In der Verfassung Indiens, die von einem Dalit, Ambedkar nämlich, erarbeitet wurde, wird der Versuch unternommen, diese historischen Ungerechtigkeiten zu "korrigieren", wie es heißt. Für Mitglieder von "scheduled castes" und "scheduled tribes" werden u. a. Arbeitsplätze im öffentlichen

Dienst, an den Hochschulen etc. "reserviert" – was bedeutet, dass diese Stellen hur von Mitgliedern dieser Gruppen besetzt werden dürfen. Das "Reservation-System" hat im Laufe seiner Geschichte viele und harte soziale Kämpfe ausgelöst. Aktuell versucht etwa die indische Regierung reservierte Studienplätze an den berühmten IT- und Management-Hochschulen durchzusetzen und stößt dabei auf erbitterten Widerstand der erstarkten indischen Mittelschichten und Angehörigen der höheren Kasten.

Deutschland dagegen propagiert das lahmste Antidiskriminierungsinstrument überhaupt, die Quotierung, und beschränkt dieses nur auf die Kriterien "Geschlecht" und "Behinderung". Zumeist heißt der dazugehörige Satz: "Bei gleicher Qualifizierung wird eine Frau bevorzugt …" An den Universitäten hat das nach mehr als zehn Jahren für nur unerhebliche Veränderungen im Geschlechterverhältnis gesorgt.

Problematisch scheint zudem bei all diesen Instrumenten, dass sie recht spät einsetzen – also etwa bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst. Doch ob Affirmative Action, Quotierung oder Reservations; die Mehrheit der Minorisierten kommt gar nicht erst so weit, sich auf Stellen im öffentlichen Dienst zu bewerben. Wie sieht es beispielsweise mit undokumentierten Flüchtlingen aus, denen nicht einmal das Recht auf das bloße Hiersein gewährt wird? Was nützen diesen "new subalterns", wie Spivak sie bezeichnet, all diese Strategien? Was ist mit denen, die nicht arbeiten wollen? Mit denen, die bestimmte "Anforderungen" nicht erbringen können?

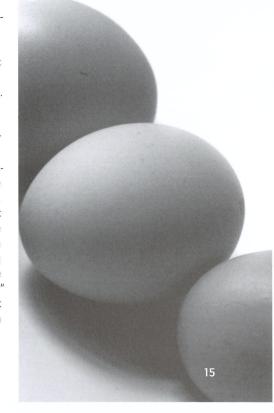
Ist die Förderung einer aktiven Partizipation eine mögliche Maßnahme gegen Diskriminierung? Kann man Partizipation überhaupt "fördern", oder läuft das nicht ihrer eigentlichen Bedeutung entgegen? Es ist paradox, Partizipation zu "fördern". Hier verhält es sich ähnlich wie mit dem Empowerment-Ansatz, der eigentlich davon ausgeht, dass sich von sozialer Ausgrenzung Betroffene organisieren und gegen Diskriminierung selber aktiv vorgehen. Das impliziert auch, das parasitäre Verhältnis von Sozialarbeit aufzudecken und kritisch zu hinterfragen. Dagegen ist das Mainstream-Verständnis mittlerweile so, dass professionalisierte sozialarbeiterisch Tätige den "Opfern" von Diskriminierung wieder einmal "Hilfe" anbieten. Letztere werden dadurch in der Position der "Opfer" festgeschrieben, sodass das Empowerment im Grunde nur die sozialarbeiterisch Tätigen in ihrem Tun bestärkt.

Interessant ist auch, dass politische und soziale Aktivitäten von Minorisierten nicht als Partizipation, sondern, wenn überhaupt, als Bedrohung wahrgenommen werden. Das gilt für politische wie auch soziale Organisationen und auch etwa Sport- und Kulturvereine. Nur wer sich in den Mehrheitsorganisationen bewegt, wird als respektabel und integriert wahrgenommen. Die hegemoniale Wahrnehmung ist lediglich in der Lage, das zu sehen, was sie will, und beurteilt diese nur so, wie sie will – weswegen eine Migrantin ein 20-köpfiges Arbeitsteam in der Perspektive der Mehrheit schon als interkulturelles Team erscheinen lässt, während ein türkischer Fußballverein die gesamte Nation in Schrecken versetzen kann

Wahrscheinlich wäre es besser, dazu aufzurufen, sich gegen die Verhältnisse aufzulehnen und weniger Partizipation zu fördern. Ein erster Schritt wäre, sich den hegemonialen Wortspielen zu verweigern. Wenn wir nicht mehr über Management, Qualität, Evaluation sprechen müssen, werden womöglich ganz andere politische Kräfte freigesetzt, die uns besser in die Lage versetzen, die internationale Arbeitsteilung, die Flexibilisierung und Prekarisierung zu irritieren.

Fragen: Radostina Patulova und Vina Yun

Dieses Interview erscheint im Rahmen einer Kooperation zwischen dem EQUAL-Projektmodul "fields of TRANSFER" der IG Kultur Österreich und der STIMME von und für Minderheiten.



Was ist Nin. Schau hin. Ein Bub. Ein Mädchen. Ein Mub! (Lilly Axster 2007: 25)

Nin. Geschlechtergerechte Sprache?

hin.
Bub. Über queere widerständige Strategien gegen
diskriminierenden Sprachalltag

Persson Perry Baumgartinger

Die Europäische Kommission hat 2007 zum "Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle" gekürt. Allein der Titel gibt schon einige Rätsel auf und viel Diskussionsstoff her: Wieso spricht "die" EU von (ganz?) Europa? Und wer ist alle? Wieso nur ein Jahr? Und was ist denn eigentlich Chancengleicheit?

Wenig erstaunlich also, dass TransInter-Queers¹ dabei einmal mehr nicht mitgedacht werden, obwohl die Geschlechterdimension auch im EU-Jahr 2007 anscheinend behandelt werden soll. Dabei wird über Gleichstellung der Geschlechter, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts etc. geschrieben (vgl. Europäische Kommission 2005: 1). Das sind geflügelte Worte, die eines vergessen: die Ausnahme der Regel. Also all jene, die dem anscheinend normalen und medizinisch als gesund angesehenen Zweigeschlechtersystem Mann/Frau ihre Bestätigung geben. Transgender z. B. oder Intersexuelle oder Androavne oder Genderqueers oder Butches oder Transvestiten oder ... Leute eben, die weder Männer noch Frauen, oder nicht ihr ganzes Leben lang Frauen und Männer, oder beides oder ganz was anderes leben.

Dies ist ein Artikel

über sprachliche Gegenstrategien gegen das herrschende - alles be-herrschende - Zweigeschlechtersystem, die ich als widerständige Praxen sehe. Wie kommen TransInterQueers in einer Sprache vor, die nur Männer und Frauen kennt? "Sprache" beinhaltet für mich nicht nur Worte, sondern auch z. B. Zeichen, Bilder, Gestik, Mimik oder energetischen Austausch; also alle Ebenen, mit denen mensch sich austauscht, eigene und verinnerlichte fremde Werte und Ansichten vermittelt und sich verständlich macht. Mit Sprache werden Werte, Normen und Vorstellungen materialisiert. Das bedeutet, dass jed* mittels Sprache Realitäten schafft, dass jed* durch die Wahl des Sprachgebrauchs (mit welchen Worten oder Zeichen etwas ausgedrückt wird, mit welcher Geste oder Mimik etwas unterstrichen wird etc.) zur Realität mit beiträgt. Jed* übt also über Sprache eine alltägliche Macht aus, verfestigt alte Muster und Ansichten oder erschafft neue Visionen und Realitäten. Geschlecht wird – auch auf sprachlicher Ebene – als sehr strenge, rigide ausgeübte Kategorie gehandhabt. Jede "Abweichung" von dieser Norm wird bestraft, als krank abgestempelt (Ausübungsinstrument ICD-10²) und an die Zweigeschlechternorm mit Hormonen, Operationen, Namens- und Geschlechtseintragsänderungen in den Dokumenten wieder angepasst, "normalisiert". Damit das System seine Richtigkeit hat.

"Gibt es ein Wort, das Mädchen und Bub meint? Dann muss ich nicht immer Sie und Er sagen", fragt Nin im Theaterstück eS-E-iX von Lilly Axster. Nin ist ein Kind auf der Suche nach Geschlechtlichkeit außerhalb der Zweigeschlechternorm, weil sich Nin eben weder in Nino noch in Nina findet. Nicht nur im Stück wird klar, wie beschränkend, einschränkend und das Zweigeschlechtersystem be-herrschend Sprachen sind.

Der Transidente in mir stößt bei fast jedem Gespräch – und wenn es nur das Broteinkaufen um die Ecke ist – tagtäglich gegen die Grenzen des sprachlichen Zweigeschlechter-Diktats und kämpft immer wieder in der eigenen Sprache mit einer beschränkten und beschränkenden Auswahl.

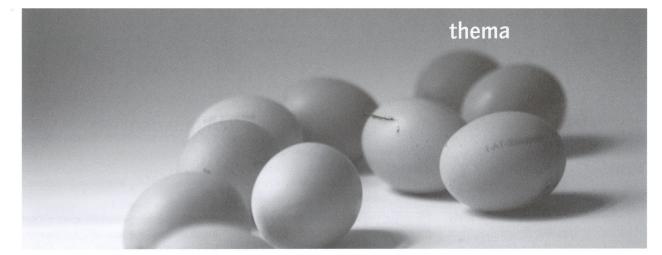
Der Sexuelle, Begehrende in mir hat keine adäquaten Worte, sein Begehren und das seiner Mitbegehrten und Partner_Innen zu beschreiben. Oder für all die gelebten Beziehungsformen und Sexpraktiken.

Und der Sprachwissenschafter in mir spornt mich dazu an, mir das genauer anzuschauen: Gibt es wirklich nur zwei Geschlechter in der Sprache?³ Das kann nicht sein, es gibt doch so viele, die außerhalb der genormten "Frau/Mann"-Systematisierung leben. Existieren die denn etwa nur zwischen den Zeilen? Was für Gegenstrategien und Widerstände haben die sich denn ausgedacht? Leben die bereits in Texten und Performances etc.?

Ein Er? Ja, sehr. Eine Sie? Und wie. Das ist schon wieder der Anfang. (Axster 2007: 25)

Und allzu lange dauert die Suche auch nicht, da stoße ich auf wunderbare, vielfältige, erschreckende, zum Nachdenken anregende, befreiende, kreative Strategien, Wörter, Bilder, Texte, Performances, Workshops, Schriften etc. pp., von denen einige auch hier im Artikel jeweils Raum bekommen (haben).

Die männliche/patriarchale Vorherrschaft in Sprachen wurde schon vor Jahren von feministischen Seiten kritisiert. Dabei entstanden Varianten wie z. B. eine Benennung "der beiden" Geschlechter Mann/Frau



(LehrerInnen), die leider für TransInterQueers nicht sehr bereichernd und wenig hilfreich sind

Es geht also darum,

Sprache aus ihrer Zweigeschlechtlichkeit zu befreien. Manche Sprachen machen es da etwas einfacher als andere, wenn z. B. Hauptwörter, Bezeichnungen etc. zumindest vordergründig nicht vergeschlechtlicht sind (wie z. B. im Englischen). My lover kann mei* Liebesperson sein, egal, welche Geschlechter diese Person gerade lebt. Im Deutschen braucht es für die Mit-Erwähnung von Nicht-Männern/Frauen neue queere Strategien (mei* Liebesperson). Oft wird auch versucht, geschlechtliche Festschreibungen zu vermeiden, indem Texte z. B. im Plural geschrieben werden. Übrigens eine feministische Strategie, die auch für TransInterQueers ganz gut funktionieren kann.

Es gibt sehr viele phantasievolle, oft sehr unterschiedliche Ideen, Realisierungen, Widerstände gegen eine Sprache, die nur Männer und Frauen kennt. Etwa Strategien auf soziolinguistischer Ebene, also im alltäglichen gesellschaftlichen Handeln. Auf der Tagung Transgressing Gender. Two ist not enough for gender (e) quality 2006 in Zagreb z. B. wurden von den Teilnehmenden eines Workshops Strategien gegen alltägliche transphobe Situationen entwickelt (vgl. Frketić/Baumgartinger 2005). Oder Wortneuschöpfungen, die sich besonders bei der unendlich kreativen Vielzahl an Selbstbezeichnungen von TransInterQueers und auch einigen – zumeist negativ konnotierten oder medizinisch verstümmelnden – Begriffen zeigen (vgl. Baumgartinger 2007).

John Williams findet im Englischen zusätzlich zu he/she (er/sie) bis zu vier verschiedene Geschlechterneutrale Pronomina (gender neutral pronouns – GNPs):

sie, hir, hir, hirs, hirself,
zie, zir, zir, zirs, zirself,
e/ey, em eir, eirs, eirself/emself und
per, per, pers, pers, persself
(vgl. Williams 2004).
Leslie Feinberg, Transgenderaktivist_in
und Autor in aus den USA, verwendet seit

längerem für sich und ihreseine Bücher einige der gerade beschriebenen Pronomina.⁴

s_he eröffnet in einem Artikel mit dem _ einen Ort von *Geschlechtlichkeit*:

"Damit ist der Platz markiert, den unsere Sprache nicht zulässt, ein Raum spielerischer und erotisch-lüsterner Geschlechtlichkeit, den es in unserer Geschlechterordnung nicht geben darf" (s_he 2003: 1).

Diese Strategie wird feministischen Forderungen nach einer Sichtbarkeit von Frauen gerecht und macht einen Raum für die "Anderen" – TransInterQueers – auf. Sie schreibt allerdings durch die Nennung der weiblichen und männlichen Form das Zweigeschlechtersystem einmal mehr fest. Und sie zementiert die real wirkende Hierarchie zwischen Mann/Frau (als einzeln Genannte) und "den Anderen" (als Platzhalter _).

Im Rahmen des *Gendertalk* in Wien wurden verschiedene sprachliche Varianten goutiert, diskutiert und aufgeschrieben.⁵ In diesem Rahmen ist auch eine Variante entstanden, die in Entwicklung ist und mit der unterschiedlichst experimentiert wird: der *. Realisiert wird der * einerseits in *Migrant*in* gleich dem _ als Erweiterung zur Zweier-Mainstreamform. Andererseits bietet sich * an, um das ewige Widerkäuen des sprachlichen Zweigeschlechterdiktates zu vermeiden (z. B. lieb* Lese*, * du das gerade liest). Das entspricht meiner Meinung nach dem Ursprungsgedanken vom *.⁶

In eigenen Experimenten und in "Experimentierwerkstätten" in meinen Workshops werden diese und noch mehr verschiedene widerständige Gegenstrategien versucht, verworfen, neue Strategien kreiert⁷ und Kinderbücher in (wirklich) geschlechtergerechte Sprache "übersetzt".

Deshalb: zückt eure Stifte, holt euch leere Blätter, lasst eurer Phantasie freien Lauf! Es gibt genug zu tun, lasst uns sprachliche Chancengleichheit (nicht nur) für TransInterQueers widerständig kreativ angehen!

PP: Du kannst nicht beides gleichzeitig sein. Nin: Wieso nicht? Sie ... Er ... sehr. Ich bin Sehr. (Axster 2007: 5)

Fußnoten

Den Begriff TransInterQueer entlehne ich vom gleichnamigen Verein in Berlin (www. transinterqueer.org). Unter TransInterQueers verstehe ich Menschen, die sich nach Selbst- bzw. auch Fremdeinschätzung nicht in das übliche Raster "Mann/Frau" einordnen (lassen).

² Der ICD-10 ist die *Internationale Statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme* der WHO, wobei sexuelle, geschlechtliche und Begehrens"störungen" unter F64-F66 zu finden sind. Version 1.3 unter: www. dimdi.de/static/de/klassi/diagnosen/icd10/htmlamtl/fr-icd htm?navi.htm (20. 2. 07).

Ich konzentriere mich in dem Artikel hauptsächlich auf die deutsche Sprache und nehme teilweise auf englischsprachige Strategien Bezug. Nichtsdestoweniger kann vieles von dem Artikel auf andere Sprachsysteme angewendet werden. Vgl. u. a. Feinbergs neuesten Roman *Drag King* Dreams.

Siehe http://gendertalk.transgender.at/sprache. htm

⁶ Hier ein großes Dankeschön an Joshua Taubert und Vlatka Frketić für Anregungen und Diskussionen, Ideen- und Gedankenaustauschl

Hier gilt allen Teilnehmenden der Experimentierwerkstatt im Jänner 2007 im Rahmen der Feministischen Linguistik auf der Universität Wien besonderer Dank.

Literatur & Links: Lilly Axster (2007): eS-E-iX: Kinderfragen,

Klebebilder. Unveröffentlichte Spielvorlage, Wien Persson Perry Baumgartinger (2007): Trans * Queer Glossar. Wien (http://oeh.univie. ac.at/fileadmin/FilesHOMOBITRANS/Glossar-Oueer070214.pdf) (20. 2. 07) Europäische Kommission: Beschäftigung. Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit (2007): 2007 – Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle. (http://ec.europa eu/employment_social/news/2005/jun/antidiscrimination de.html) (26, 2, 07) Leslie Feinberg (2006): Drag King Dreams. Carroll & Graf Publishers: New York Vlatka Frketić/Persson B. Baumgartinger (2005): Strategies against Transphobia. In: Amir Hodžić/ Jelena Poštić (ed.): Transgressing Gender: Two is not enough for gender (e) quality. The conference collection, Prius d.o.o.: Zagreb s_he (2003): Performing the Gap. Queere Gestalten und aeschlechtliche Aneianuna. In: arranca! linke zeitschrift: Aneignug I. Ausgabe 28. Berlin, November (http://arranca.nadir. org/arranca/article.do?id=245) John Williams (2004): Gender-Neutral Pronoun FAQ. A General & Specific Discussion of Gender-Neutral Alternatives to Gendered Pronouns, Including Answers to Frequently Asked Questions. Version 0.9.13 - 30 April 2004 (www. aetherlumins.com/gnp) (9. 1. 07)

Persson Perry Baumgartinger (ver-)sucht und (er-)stellt transinterqueere Räume, Theorien und Praxen. Queer Linguistics. Texte & Aktionen: queeropedia, verschiedene QueerSnacks u. a. Ein Kind mit Behinderungen als Schaden, für den man einen Verursacher finden muss: Ein behandelnder Arzt wurde vor nunmehr fast einem Jahr vom Obersten Gerichtshof zu lebenslangen Unterhaltszahlungen für ein Kind verurteilt, das mit Down-Syndrom und anderen Behinderungen zur Welt kam. Nicht nur der Druck auf ÄrztInnen ist seither beträchtlich gestiegen: Vor allem der Druck auf schwangere Frauen hat sich – einmal mehr – verschärft.

Rasterfahndung nach Behinderung

Elke Salomon

Triple-Test, Organscreening, Amniozentese, Chorionzottenbiopsie – Begriffe, die die vielen Möglichkeiten der Untersuchung eines Kindes im Mutterleib bezeichnen. Begriffe, die für den medizinischen Laien oft nur ein großes Fragezeichen hervorrufen. Diese Verfahren zur so genannten Risikoeinschätzung haben sich in den vergangenen Jahren stark weiterentwickelt. Anatomische Abweichungen und Störungen des Erbautes lassen sich immer sicherer vorhersagen. Zuerst für wenige Risikopatientinnen gedacht, sind heute fast alle Schwangeren mit Pränataldiagnostik (PND) konfrontiert. Mit riesigem medizinisch-technischen Aufwand wird heute bei möglichst vielen Frauen nach wenigen tatsächlich vorhandenen Auffälligkeiten gesucht.

"Laut sozialwissenschaftlichen Untersuchungen haben die Verfahren der PND das Schwangerschaftserleben in westlichen Gesellschaften grundlegend verändert", erklärt der Schlussbericht der deutschen Enquetekommission "Recht und Ethik der modernen Medizin" aus dem Jahr 2002. "Früher wartete man aufs Kind. Heute auf die Testergebnisse, auf den nächsten Ultraschall, aufs freundliche Nicken des Gynäkologen", war kürzlich in einer deutschen Frauenzeitschrift zu lesen.

Pränataldiagnostik: Die Vision von medizinischer Vollmacht und ein lukratives Geschäft. Die eher herbe Frage nach den persönlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen wird nicht gerne gehört und fristet als weitgehend blinder Fleck eine Stiefkindrolle.

Angst-Spiel

Angesichts der hohen Nachfrage nach PND gäbe es schließlich auch nichts zu hinterfragen, tönt es vielfach von medizinischer Seite. Nach der Ansicht von Margaretha Kurmann vom deutschen Bundesverband für Körperund Mehrfachbehinderte wird jedoch eines gerne übersehen: Diese große Nachfrage sei zu einem großen Teil auf massive Werbe-Kampagnen zurückzuführen, die in diesem Bereich gemacht werden: "Das Beste für Ihr Kind", "einfach, neuartig, komplikationslos", "intelligenter Ultraschall" – die Angebote suggerieren Therapierbarkeit und richten sich – ebenso suggestiv – an werdende Mütter mit "Verantwortungsgefühl". Vor allem aber

macht die Werbung eines: Sie spielt mit der Angst werdender Eltern, ein "behindertes Kind" zur Welt zu bringen.

Sämtliche angebotenen Methoden geben nicht nur Sicherheit, sondern können auch stark verunsichern. Rund 70 bis 80 Prozent der Schwangeren gelten heute als "Risikopatientinnen". Da es keine gesellschaftlich akzeptierte Alternative zu diesen Untersuchungen gibt, lastet ein enormer Druck auf Frauen und Paaren. Viele Frauen werden durch die PND-Maschinerie geschleust, ohne im Vorfeld über die möglichen Konsequenzen der diagnostischen Möglichkeiten aufgeklärt zu werden. Denn ein unumstößliches Faktum ist: PND wird nicht zum Zwecke der Heilung gemacht. In erster Linie geht es um Selektion, um das Aussortieren von Menschen mit Behinderungen.

Alltags-Eugenik

Entrüstet zeigt sich die PND-Sozialberaterin Kurmann über den Trend, Menschen mit Behinderungen vermeiden zu wollen: "Alltags-Eugenik" nennt sie diesen Trend, der sich bereits in Schulbüchern zeige, wo "Behinderung als etwas rein Defizitäres dargestellt" wird.

Die viel gepriesene Selbstbestimmung der Frau durch die aktuellen Entwicklungen in der PND entlarvt Kurmann, die auch in der Frauenbewegung beheimatet ist, als Humbug. Denn Autonomie bedeute nicht, "sich innerhalb vorgeburtlicher Strukturen verhalten zu müssen, sondern seine eigene Norm und Zeit finden zu können. Selbstbestimmung bedeutet, PND als Angebot sehen zu können, aber nicht als Pflicht ... Wollen, was man soll, was die Norm ist, ist aber weder Autonomie, noch ist es Selbstbestimmung".

Eine ausreichende öffentliche Diskussion fehle, erklärt die Expertin. "PND wird in Einzelteile zerlegt." Der Blick bleibe wie beim Mikroskop auf die Einzelfragen gerichtet: "Dadurch können die Folgen für gesellschaftliche Trends und Haltungen nicht wahrgenommen werden. Übrig bleibt, dass jede/jeder ihre Arbeit möglichst gut macht. Das Ergebnis: Keine/keiner will Selektion – natürlich nicht, aber alle machen irgendwie mit. Aus vielen und allen Einzelentscheidungen werden Alltäglichkeiten und Normen", entlarvt die Mitbegründerin des deutschen Netzwerkes

gegen Selektion durch PND die fehlende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Gesetzes-Maschinerie

Vergessen wird laut Kurmann auch, dass die PND keine neutrale Technik ist. "Sie ist in ihren Methoden, in ihren Anwendungsweisen, in ihren Zeilen durchtränkt von Haltungen: Über Gesundheit, über Mutter-Werden, über lebenswertes Leben, über Glück."

Auch dass vor allem die invasiven – in den Mutterleib eindringenden – Methoden der PND selbst Risiken bergen, dass die PND auch massiv die Beziehungsentwicklung von Mutter und Kind stört, sind keine beliebten Themen. Und was die Anwendung von PND für die leiblich-seelische Gesundheit von Frauen bedeutet, ist weitgehend unerforscht.

Aus der österreichischen Gesetzgebung ergibt sich die Verpflichtung zur sehr frühen und detaillierten Aufklärung über die Methoden, Möglichkeiten und Grenzen der Pränataldiagnostik. Die PND-Maschinerie wurde vor knapp einem Jahr heftig angekurbelt, als ein Spruch des Obersten Gerichtshofes (OGH) vom 10. Juli 2006 einen Salzburger Arzt zu den gesamten Unterhaltszahlungen für ein Kind verurteilte, das mit Down-Syndrom und zusätzlichen Behinderungen geboren wurde.

Der Gynäkologe hatte die schwangere Frau in eine Risikoambulanz überwiesen, ohne ihr deutlich zu sagen, dass es Hinweise auf ein Kind mit Down-Syndrom gebe. Die Frau ging aber erst zwei Monate später in die Ambulanz, als sie bereits in der 32. Woche schwanger war.

OGH im Widerspruch

Nach der Geburt ihrer Tochter – sie kam 1997 zur Welt – hatte die Mutter den Arzt auf Unterhaltszahlungen geklagt. Entgegen vorinstanzlicher Beschlüsse Salzburger Gerichte entschied der OGH, dass der Arzt die Schwangere ausdrücklich auf die drohende Behinderung des Kindes hinweisen hätte müssen, um ihr einen frühzeitigen Schwangerschaftsabbruch zu ermöglichen. Der Arzt muss den gesamten Unterhalt – und nicht nur den durch die Behinderung entstehenden Mehraufwand – als "Schadenersatz" – zahlen. Das Gericht argumentiert, dass die Patientin des Arztes bei ausreichender Information ja überhaupt keinen Unterhalt für ein behindertes Kind hätte tragen müssen: Schließlich hätte sie damals noch Zeit gehabt, das Kind abtreiben zu lassen. Das Urteil löste auch unter österreichischen GynäkologInnen heftige Diskussionen aus.

Der OGH widerspricht mit dieser Begründung der herrschenden Rechtsauffassung. Abtreibung ist in Österreich im Rahmen der Fristenregelung in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straffrei gestellt und nicht, wie vielfach kolportiert, "legal". Schwangerschaftsabbruch ist auch später nicht strafbar, "wenn eine ernste Gefahr besteht, dass das Kind geistig oder körperlich schwer geschädigt sein werde". (Strafgesetzbuch § 97 (1)). Das ist die so genannte eugenische Indikation. Der OGH hingegen hält einen Abbruch im Rahmen der eugenischen Indikation für ein Recht der Eltern, um einem Unterhaltsanspruch zu entgehen. Er geht dabei vom Recht und nicht der Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs aus.

Zeit der Unsicherheit

Das OGH-Urteil lässt – wenn auch nicht explizit, so doch als logische Schlussfolgerung – folgende Interpretationen zu: Kinder mit Behinderungen sind mit diesem Urteil eindeutig diskriminiert. Sie gelten nicht als Menschen, sondern als Sache – als Schaden –, für den man einen Verursacher finden muss.

ÄrztInnen müssen, um sich vor gerichtlicher Verfolgung zu schützen, eine schwangere Frau über alle möglichen Behinderungen ihres Kindes gründlich und ausdrücklich aufklären. Schwangere Frauen werden generell zu vorgeburtlichen Untersuchungen gedrängt, damit ja keine Behinderung übersehen werden kann. Frauen, die sich dem

Untersuchungsstress widersetzen, müssen sich rechtfertigen.

Eltern werden in Zukunft "selbst schuld" sein, wenn sie ein Kind mit Behinderung haben, und sie müssen die Konsequenzen selbst tragen. Denn sie hätten ja die "legale" Möglichkeit gehabt, sich durch einen Schwangerschaftsabbruch aller Schwierigkeiten zu entledigen

Aus Schwangerschaft wird Krankheit; die Zeit der guten Hoffnung verkommt zur Zeit der Unsicherheit. "Wer wagt es noch, in Diskussionen um die PND von der Schwangerschaft als Zustand zu reden, der viel mit Liebehaben zu tun hat?" beschreibt die deutsche Soziologin Barbara Duden den oft lieblosen und sprachlich bürokratischen Umgang mit Schwangerschaft. Der Aufstieg der PND hat laut Duden einen neuen Wahrnehmungsstil von Schwangerschaft mit sich gebracht – nämlich den des Risikomanagements.

Das Leben: Ein Risiko

In Österreich fehlt eine existenzielle Absicherung für Eltern von Kindern mit Behinderungen. Es gibt keine verlässlichen Rahmenbedingungen, um sich auch in schwierigen Situationen frei für oder gegen ein Kind entscheiden zu können. Schwangere Frauen werden durch die ständigen Neuregelungen enorm verunsichert, sie wissen nicht, was ihnen zusteht. Reale Chancengleichheit in Schule und am Arbeitsmarkt hinken dem Behindertengleichstellungsgesetz nach wie vor hinterher.

Pränataldiagnostik: Sie gaukelt vor, dass Leben mit Behinderung vermeidbar ist. Ein fataler Trugschluss: Denn zum einen entstehen die meisten Behinderungen prä- oder perinatal – also unmittelbar vor oder während der Geburt –, zum anderen gehören Menschen mit Behinderungen auf unsere Welt. Oder, um es mit den Worten des Nationalratsabgeordneten Franz Joseph Huainigg auszudrücken: "Leben ist Risiko, man kann immer behindert werden."

Elke Salomon

ist als freie Journalistin tätig und unter anderem die Verfasserin des "Infodienstes Bioethik". Sie arbeitet außerdem als Trainerin für Deutsch als Fremdsprache.

nachlese

Gesellschaftlicher Fortschritt – nicht machbar?

Über Strategien des Nichthandelns der neuen Regierung Christina Hollomey, Franziska Klauser, Alexander Pollak und Gerd Valchars

Das Ende der schwarz-blauen Bundesreaieruna war mit einiaen Hoffnungen verbunden. Doch anstatt linken Jubels über den neuen roten Kanzler gab es wütende Demonstrationen und viel Kritik. Zu Recht? Unterscheidet sich die neue Regierung tatsächlich nur um Nuancen von der vorherigen? Radio Stimme hat das rot-schwarze Abkommen unter die Lupe genommen und Interviews mit den Sprechern der Vereine Bizeps, Rechtskomitee Lambda und SOS Mitmensch geführt.

Ein kurzer Regierungs-Rap

Bevor wir uns auf die Spur von markanten Leerstellen, nicht gehaltenen Versprechen und Fehlentwicklungen im Regierungsprogramms begeben, ein kurzer Blick auf jene Passagen, in denen SPÖ und ÖVP keine Formulierungsmühen gescheut haben, um das mit Abstand Wichtigste darzustellen: Nämlich sich selbst!

Die Bundesregierung, so steht es im Programm geschrieben, schafft bestens ausgebildete Menschen, eine hervorragende Infrastruktur, funktionierende Gemeinwesen, laufende Erneuerungen, gerechte Beteiligung, stetige Steigerung der Massenkaufkraft, Ausbau der Bildung, eine laufende Entfaltung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, bessere Arbeitsbedingungen, fairen Wettbewerb und, als ob das nicht schon alles genug wäre, auch noch die flächendeckende Versorgung mit erschwinglichen und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. **Restens!**

Noch beeindruckender ist allerdings die terminologische Vielfalt, mit der die neue Regierung den Weg zur Umsetzung ihrer Politik beschreibt: Sie, die gesamte Staatsführung, wird mit vollem Einsatz dafür eintreten und verstärkt koordinieren. Sie unterstützt, bietet an und optimiert. Sie achtet, führt fort, baut auf - und das mit Nachdruck! Die Bundesregierung prüft und

studiert, untersucht und evaluiert. Sie plant und erarbeitet, strukturiert und reformiert. Sie stärkt, steigert, fördert, verbessert. Die Regierung unterstützt, arbeitet rasch, effizient. konsequent, erfolgreich, gründlich, ja sogar hervorragend! Sie senkt, entlastet, erleichtert, belebt. Und nicht zuletzt stellt sie sicher und bewahrt, schützt und garantiert, während sie zugleich beschleunigt und flexibilisiert. Wenn das die nun folgende Kritik nur nicht relativiert ...

Menschen mit Behinderung - ein Budgetrisiko?

Auf drei der insgesamt 167 Seiten widmet sich das rot-schwarze Regierungsprogramm dem Themenkomplex "Menschen mit Behinderung". Wie einleitend proklamatorisch festgehalten wird, will man "Barrieren in Gesetzen und Köpfen abbauen!" Neben Überschriften und Schlagwörtern finden sich allerdings kaum konkrete Anhaltspunkte, was sich die Parteien in dieser Causa für die nächsten vier Jahre tatsächlich vorgenommen haben.

Dementsprechend vorsichtig formuliert auch Martin Ladstätter vom Verein Bizeps - Zentrum für Selbstbestimmtes Leben seine Kritik an dem Regierungsübereinkommen. Positiv sieht er, dass die Regierungsparteien zumindest erkannt hätten, dass das Behindertengleichstellungsgesetz in der derzeitigen Form nicht ausreichend sei, sondern evaluiert und, wie er hofft, auch verbessert werden soll. Einer in diesem Zusammenhang in Aussicht gestellten Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Schaffung einer barrierefreien Bauordnung steht Ladstätter hingegen eher skeptisch gegenüber: "Ich glaube, darüber spricht man schon seit drei Jahrzehnten. Es stand auch im letzten Regierungsübereinkommen drinnen, dass umfassende Barrierefreiheit kommen soll. Es steht halt wieder drinnen."

Nicht einmal bis ins Regierungsprogramm geschafft hat es die jährliche Anpassung des Pflegegeldes an die Inflation, eine langjährige Forderung der Behindertenorganisationen und ein Wahlversprechen der SPÖ. Stattdes-

sen ist nun lediglich von einer einmaligen Valorisierung innerhalb der nächsten vier Jahre die Rede. Die schulische Integration über die achte Schulstufe hinaus findet im rotschwarzen Programm zwar Erwähnung, einen Rechtsanspruch darauf will die Regierung aber offenbar nicht einräumen; Gleiches gilt auch für die Persönliche Assistenz¹, auf die in den Regierungsplänen zur Gänze vergessen

In einer gemeinsamen Pressekonferenz wenige Tage nach der Veröffentlichung des Übereinkommens haben die BehindertensprecherInnen der beiden Regierungsparteien, Christine Lapp (SP) und Franz-Joseph Huainigg (VP), die freilich selbst an den Verhandlungen nicht teilgenommen haben, den Versuch unternommen, die vagen Vorhaben etwas zu konkretisieren. Ein Versuch, der laut Martin Ladstätter, eher gescheitert ist: "Man gewinnt leider den Eindruck, dass sie in vielen Bereichen selber noch nicht wissen, was überhaupt kommen kann und was nicht kommen kann, weil keine budgetären Mittel dafür vorhanden sind. Und alles, was wirklich Geld kostet, wurde sowieso im Vorhinein – siehe Pflegegelderhöhung – abgewürgt."

Lesben und Schwule ein Gesellschaftsrisiko?

Auch den Bereich der Gleichstellungspolitik für Lesben und Schwule kann Gusenbauer nicht gemeint haben, als er das neue Regierungsprogramm als "sehr ambitioniert" beschrieb. Eine solche kommt in dem Koalitionspapier nämlich so gut wie nicht vor. Im Rahmen einer angekündigten Reform des Grundrechtkatalogs ist zwar geplant, den Diskriminierungsschutz weiter auszubauen, konkrete Pläne zur Umsetzung lassen sich aber nicht finden.

Dabei existiert bereits seit längerem die klare Forderung der Homosexuellenorganisationen, das gesetzliche Diskriminierungsverbot auch auf Bereiche außerhalb des Arbeitsplatzes auszuweiten. Im Gegensatz zu Benachteiligungsfällen, die auf Grund der ethnischen Herkunft oder der Religion geschehen, kann nämlich derzeit gegen Diskriminierungen von Lesben und Schwulen, wenn sie außerhalb der Arbeitsstelle passieren, nicht gerichtlich vorgegangen werden. Zumindest nicht bundesweit, denn die meisten Landesregierungen zeigten sich in diesem Bereich bereits weitaus liberaler und verabschiedeten in ihrem Kompetenzbereich umfassende Anti-Diskriminierungsgesetze². "Auf Landesebene hat man sogar im schwarzen Tirol Schutzbestimmungen für Homosexuelle

beschlossen, im Bund in der Koalition mit der SPÖ fehlt das noch", erklärt Helmut Graupner vom Rechtskomitee Lambda.

Auch im familienrechtlichen Abschnitt des Regierungsprogramms kommen Anliegen von Lesben und Schwulen nicht vor. So finden sich darin keinerlei konkrete Pläne zur Einführung einer Eingetragenen Partnerschaft, geschweige denn zur Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare. Und das, obwohl Gusenbauer in mehreren Interviews und Wahlkampfinseraten diese Forderung zu Koalitionsbedingung erklärt hatte³.

Im Programm der Regierung wird nur mehr unverbindlich davon gesprochen, den "Bereich des Familienrechts hinsichtlich der gesellschaftlichen Veränderungen und ihrer Form des familiären und partnerschaftlichen Zusammenlebens eingehend evaluieren" zu wollen. Dass die gesellschaftliche Realität dem politischen und rechtlichen Status Quo bereits um einiges voraus ist, zeigt z. B. das aktuelle Eurobarometer: Knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen spricht sich darin für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus

Neben dem Fehlen konkreter Gleichstellungsprojekte fällt auch auf, dass die offen schwul, lesbisch und bisexuell lebende Bevölkerungsgruppe in der neuen Regierung und der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion weiterhin nicht vertreten ist. "Dabei wäre ein schwuler Nationalratsabgeordneter oder eine lesbische Ministerin", so Helmut Graupner, "die Möglichkeit für die SPÖ gewesen, im eigenen Verantwortungsbereich ein Zeichen zu setzen. Da kann sie sich nicht auf die starre Haltung der ÖVP ausreden."

MigrantInnen - ein Sicherheitsrisiko?

Keinen Zweifel lässt das Regierungsabkommen darüber, was der nationale Blick sieht, wenn er auf MigrantInnen fällt: Ein potenzielles Sicherheitsrisiko. Die Themen Integration, Asyl- und Fremdenrecht werden weiterhin im Kapitel "Innere Sicherheit" behandelt. Allein diese Ausgangsposition lässt die Hoffnung auf maßgebliche Veränderungen im politischen Programm der nächsten Jahre schwinden. Philipp Sonderegger, Pressesprecher von SOS Mitmensch, bezeichnet die diesbezüglichen Ankündigungen im Regierungsprogramm "insgesamt als Enttäuschung".

Im Bereich Asyl- und Fremdenrecht sind vor allem zwei Entschlüsse zu erwähnen, die einerseits eine menschenunwürdige Praxis korrigieren sollen, andererseits Gefahr laufen, eine solche selbst wiederherzustellen. Letzteres trifft für die angekündigte

"Evaluierung des Leistungsumfanges der Grundversorgung" zu. Die neue Regierung denkt darüber nach, das ohnehin äußerst geringe Taschengeld für AsylwerberInnen weiter zu kürzen. Sonderegger weist darauf hin, dass eine solche Entscheidung dazu führen würde, Leistungen zur Grundversorgung zunehmend auf nicht-staatliche Organisationen abzuwälzen, die sich dieses "Service" aber immer weniger leisten können, da auch sie von staatlichen Sparmaßnahmen betroffen sind.

Aus menschenrechtlicher Sicht positiv ist hingegen die angekündigte "Evaluierung der Schubhaft". Philipp Sonderegger kritisiert die derzeitige Praxis der Schubhaft scharf: Menschen, "die sich nichts zu Schulden kommen haben lassen", können bis zu zehn Monate eingesperrt werden. Eine Evaluierung dieser bedenklichen Praxis lässt hoffen, dass die verpflichtende Schutzfunktion von Asyl wieder in den Blick gerät und nicht der Missbrauch dieses Systems als Norm

Die Bilanz Sondereggers im Bereich Integration ist gespalten. Während, entgegen der SPÖ-Ankündigung, auch in Zukunft kein Regierungsmitglied für Integrationsagenden verantwortlich sein wird, wird nun zumindest die Absicht verkündet, so genannte Integrationsplattformen einzurichten. Diese sollen eine Diskussion um und über Integration zwischen VertreterInnen von Lokal- und Bundespolitik, ExpertInnen und SozialpartnerInnen einleiten.

Der abschließende Kommentar Philipp Sondereggers zu den Punkten Integration und Asyl im neuen Regierungsprogramm fällt allerdings ernüchternd aus: "Die neuen geplanten Maßnahmen halten am Verschärfungskurs fest. Es ist ,more of the same', immer schärfer, immer restriktiver."

Assistenz ist jede Art von Hilfe, die behinderte Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben selbstbestimmt und in größtmöglicher Unabhängigkeit gestalten zu können. Sie umfasst daher alle Bereiche des täglichen Lebens, in denen Menschen auf Grund ihrer Behinderung Unterstützung benötigen, das heißt: unter anderem in Bereichen Körperpflege, Haushaltshilfe, Mobilitätshilfe und Kommunikationshilfe.

- Bis auf Niederösterreich und Vorarlberg haben alle Landtage Anti-Diskriminierungsgesetze beschlossen, die auch für Lebensbereiche außerhalb des Arbeitsplatzes gelten.
- www.gavbov.at/news/index. php?doc=news&nid=10237

Diese Nachlese basiert auf den "Radio Stimme"-Sendungen vom 18. Jänner und 15. Februar 2007. Nähere Informationen über das Radioprojekt sowie das digitale Audioarchiv finden Sie auf der Website der Initiative Minderheiten: www. initiative.minderheiten.at

Christina Hollomey, Franziska Klauser, Alexander Pollak und Gerd Valchars sind RedakteurInnen von "Radio Stimme" – der Sendung der Initiative Minderheiten.



An Dr. Mag. Walter Mair, meinen Deutschprofessor am Paulinum in Schwaz, später Direktor des ORG, jetzt Pensionist, Maler, Schreiber und nach wie vor liebenswürdiger, anregender Zeitgenosse ...

Lieber –,

ja, ich weiß, Deinen Spitznamen magst Du nicht, passt ja auch wirklich nicht zu Dir, dann also: lieber Walter!

Als Uni-Absolvent kamst Du an Deine alte und meine Schule zurück, als ganz junger Lehrer; wir Vierteler waren gleich von Dir begeistert. Mir hast Du mit Deiner Liebe zur Lyrik den Weg zur Poesie geöffnet, so dass ich nach Deinem leidenschaftlichen Vortrag u. a. von Rilke-Gedichten selbst etwas "rilkelte", dichtete, schrieb ... Der Sprache sind wir verbunden geblieben und, was mich sehr freut, auch einander – und um Sprache geht's im Weiteren!

Mit checken fing's an, immer öfter hörte ich dieses Wort, ich checkte einfach nicht, was gemeint war, dachte, ob es sich um irgendeinen Jack, einen Jakob, handelte, aber bei meiner sprachlichen Pilgerschaft war ich da nicht auf Jakobs-, sondern auf dem Holzweg. Auch, als eine Kollegin mir vom letzten Wandertag erzählte (ich war gerade nach Jahren in Istanbul wieder an meine Stammschule in Landeck zurückgekehrt), sie sei mit den Kitz unterwegs gewesen, da fragte ich irritiert: "Was, du warst mit Ziegen unterwegs, etwa gar in Kitzbühel!" "Nein, kids, Kinder!" Gemeckert hätten die kids aber doch, meinte sie dann noch.

"Achtung, Sprachpolizei!" hieß eine beliebte Radiosendung; ich will aber weder Sprachpolizist noch Deutschdümmler sein, auch wenn man meinen könnte, dass es zum business, meinem job als Deutschlehrer, gehörte. Nicht für Regermanisierung will ich fighten in dem Sinne, wie einst Nase zu "Gesichtserker" werde sollte, Fieber zu "Zitterweh" und jüngeren, unseligen Datums Parallelogramm zu "Gleiseck". Die sich weiter toppende Häuf(el)ung von Anglizismen, die ich lieber und etwas tendenziös Amerikanismen (OK & CO.) nenne, macht mich nicht happy und äußert sich bei mir als threequarterslifecrisis, kein gutes feeling, gar nicht cool! Oft bin ich hilflos angesichts dieser mir unverständlichen Wörter – euphemistisch als "Neudeutsch" bezeichnetes Babylon! Frage ich, was es heißt, verursache ich Verlegenheit – ob des gemeinsamen Erklärungsnotstands, und suche wie andere *menties* ein *mentoring*. Auch mein Freund Heimo hat damit troubles, OK, wer hat keine, OK OK OK, ich weiß!

Wir na so drama deutsche

Eines Tages wollte er mir ein *mail* schicken; tatsächlich kam dann *posting* eins, nämlich 1 kg. feinstes Mehl – in meinem *personal ranking* dem anderen weit überlegen, wenn auch *mainstreaming* das *mail hypt*, aber das ist mir *sausage*!

Wenn ich rauchte, Du weißt, streng verboten im Paulinum, waren "Schick", "Flirten" "Lieblingsbeschäftigung", "Hans", "Österreich 3" (= Smart, Flirt, Hobby, Jonny, Austria 3) meine favorits, die highlights unserer outdooractivities, natürlich undercover – ertappt zu werden, hätte ein consilium abeundi, kurz, einen Fluq verursacht.

Latein, eine der toten Weltsprachen, erklang früher nicht ungern elitär von katholischen Altären und Kanzeln, somit über die Köpfe der Leute hinweg. Eine verständliche deutsche Bibel im Haus zu haben, war noch vor 160 Jahren im Hl. Land Tirol ein Verbrechen, Kennzeichen der Evangelischen, "Protestanten", somit Vertreibungsgrund.

Doch zurück zu smoking: Damals schon hatten unsere bosse dankenswerter Weise an wellness & fitness gedacht, an beauty wohl weniger. Trotzdem war es einfach lässig, bärig, pfend, ah, versteht ja niemand – also cool - zu rauchen, trotz der Hitze, die der Tschick, palmiert in den Tiefen des outlets versteckt, verursachte. Es war trendy zu rauchen, shoppen kaum, dazu fehlte es uns am nervus rerum, ah, money! OK, manchmal leisteten wir uns einen drink, das war dann ein hit, special event, aber meist mussten wir w. o. geben. Heutzutage bei SALE, ah. Winterschlussverkauf, können wir easy unser outfit updaten und sind keine solchen loser mehr. OK. aber zu den VIPs zählen wir dennoch nicht und wohl nie. da reicht unser english nicht aus, als very important person zu gelten. Kürzlich war ich zu einer aftershowparty eingeladen, es wäre mir aber peinlich, wenn mich mein verehrter Chef und Freund Manfred Weiskopf bei solcher action gesehen hätte, der doch schon als Jugendlicher mit aftershave seine Probleme hatte. So verzichtete ich auf die adventure night, leicht war es nicht, denn high heels, tops und strings gilt mein biggest

interest. OK, es widerspricht dem gender mainstreaming!

Wir nähern uns der deadline, nein, halb so dramatisch, es geht nicht um den Tod der deutschen Sprache! Aber die für newsletter, bzw. newsflash notwendige Kurzfassung (ge)braucht english, auch wenn die story uns Analphabeten gilt. In meiner Blauhose steht in sechs Sprachen die order, dass sie vor Gebrauch gewaschen werden muss, auf Deutsch am längsten, english am kürzesten, nein, nicht waschen, aber auch das geht nicht ohne die entsprechende logistic!

Sorry, OK, es geht mir einfach nicht in meine harddisc und schon gar nicht in meine Weichware, dass unser schönes altes austrian sich immer mehr anglifiziert, Blueiean- und Cocacolonialismus sich derart breit machen. Die message ist, fass dich kurz, update dein Deutsch english, egal, ob's alle verstehen, ob es nun für einen folder oder ein booklet ist, die user werden so tun, als wären sie es, word by word. Versuch aber nie mehr, SCHI in einem Tourismusprospekt zu verwenden, SKI heißt's, sonst kannst Du speedy dein layout, deinen Liegestuhl, nehmen und outdoor weitermachen, aber ohne standing ovations. Raststations, tourismbuildings sind da meist weniger abweisend, eher "anhabig", anbiedernd bis aufdringlich; sie wollen sofort gecheckt, aha Tyrol, und beeingecheckt

Bald changen Sprachen zu Piktogrammen, Kürzeln, verkommen, meinte Prof. Manfred Wagner. Wie wahr: WC checkt jeder, dann muss nur noch zwischen Männ- und Weiblein differenziert werden. Shit, simples Brüssel-English wäre meine Chance! Lieber Walter, ich werde wieder einen Englishworkshop besuchen, damit ich endlich besser Deutsch kann. Man will schließlich auch join in. Oder stürzen wir uns wieder auf Mundartforschung und Etymologie, OK? Nur bei deospray oder deodorant habe ich den schweren Verdacht. dass hier ein bisschen zu hoch gegriffen ist, gleich Gott anzurufen, damit man nicht stinkt. Mir stinken die Anglizismen, täglich erkenne ich SPAM-Mist daran, aber kick&flow & sowieso!

Liebe Grüße, Dein alter Schüler Gerald Kurdoğlu Nitsche

PS.: Das nächste mal erzähle ich Dir von meinem geliebten Istanbul! Joghurt ist übrigens ein Lehnwort aus dem Türkischen, sogar im Englischen! "Wir sind alle Hrant Dink!"

Thomas Schmidinger

Auch die in Wien lebenden ArmenierInnen trauern um Hrant Dink, den wohl prominentesten türkisch-armenischen Intellektuellen, der am 19. Jänner 2007 von einem türkischen Nationalisten ermordet wurde. In Wien versammelten sich am Sonntag, den 28. Jänner hunderte ArmenierInnen, gemeinsam mit türkischen und kurdischen FreundInnen in der armenisch-apostolischen Kirche und gedachten in einem Gottesdienst mit anschlie-Bender ökumenischer Trauerfeier des Herausaebers und Journalisten der in Istanbul in türkischer und armenischer Sprache erscheinenden Zeitung "Agos".

Erfreut zeigten sich viele der armenischen Trauergäste über die Teilnahme türkischer und kurdischer Gäste. Zugleich kritisierte Haig Asenbauer, der Obmann der armenischapostolischen Kirchengemeinde in Österreich, jedoch die Haltung der offiziellen Türkei, die immer noch den Genozid von 1915 in Abrede stelle. Asenbauer verlas dabei Geonozid-leugnende Passagen der offiziellen Website des türkischen Tourismusministeriums. Versöhnung, wie er sie sich wünsche, bedürfe auch einer ehrlichen Sicht auf die Vergangenheit, so Asenbauer. In diesem Zusammenhang forderte er auch die österreichische Politik zu einer offiziellen Anerkennung des Genozids auf. Österreichischs Diplomaten, so der Obmann der Kirchengemeinde, wären neben deutschen und US-amerikanischen Diplomaten als einzige an Ort und Stelle unmittelbar Zeugen des Genozids gewesen, und Zeugnis abzulegen sei kein Recht, sondern eine Verpflichtung.

Beeindruckt zeigten sich die meisten Gäste von der Verlesung der letzten Texte Dinks, in denen er auch über seine Ängste schrieb, die ihn unmittelbar vor seinem Tod verfolgten. Sein letzter Artikel, der an seinem Todestag in *Agos* erschienen war, endete mit folgender Passage, die ein armenischer Student der Trauergemeinde vorlas: "Wahrscheinlich wird 2007 ein noch schwierigeres Jahr für mich. Die Gerichtsprozesse werden weiter gehen, neue werden dazukommen. Wer weiß, mit welchen Ungerechtigkeiten ich noch konfrontiert sein werde? Aber während dies

alles passiert, werde ich eines als meine Versicherung wissen: Es kann sein, dass ich mich in diesem Gemütszustand schreckhaft fühle wie eine Taube, aber ich weiß auch, in diesem Land würde niemand einer Taube eine Feder krümmen. Tauben leben sogar mitten in der Innenstadt, inmitten von Menschenmassen. Ja, etwas scheu, aber auch ebenso frei."

Nach einer Rede des armenischen Botschafters Ashot Hovakimian endete die Rede von Haig Asenbauer von der Kirchengemeinde schließlich mit einem sehr beeindruckenden Text von Jochen Mangelsen, dem "Brief an einen Toten". Darin wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass dieser Mord "nur noch der letzte verzweifelte Akt eines Systems" darstellte, "das erkennen muss, wie das fein gesponnene Gespinst einer 90 Jahre währenden Lüge zerschlissen, von Motten zerfressen, von Winden verweht, von mutigen Menschen zerrissen, von der Zeit erschlafft. von der Wahrheit zerfetzt ist.

Im Anschluss an die offizielle Trauerfeier zog ein Demonstrationszug von der armenischen Kirche zum Stephansplatz, um auf die anhaltende Diskriminierung der ArmenierInnen in der Türkei aufmerksam zu machen, die juristische Aufklärung des Mordes an Hrant Dink, die Anerkennung des Genozids in der Türkei und die Gleichberechtigung aller Minderheiten zu fordern.

"Wir sind alle Armenier!"

Hrant Dink war vor der Redaktion seiner Zeitung *Agos* von einem jugendlichen türkischen Nationalisten erschossen worden. Der 53-jährige Journalist war in der Türkei schon lange zur Hassfigur für türkische Nationalisten geworden, die es ihm verübelten, dass in seiner Zeitung auch der Genozid an den ArmenierInnen durch die Jungtürken 1915 und die Diskriminierung der überlebenden armenischen Minderheit zum Thema gemacht wurden.

Aus Angst vor dem herrschenden türkischen Nationalismus hatten bis zur Gründung von Agos vor etwas mehr als zehn Jahren auch armenische Publikationen in der Türkei den Begriff "Genozid" unter Anführungszeichen

Die von Hrant Dink gegründete Zeitung spielte eine wichtige Rolle für das Wiedererstarken eines Selbstbewusstseins



der armenischen Minderheit in der Türkei, die sich in die neuen Debatten über den Genozid einbringen wollte. Zu wenige türkische Intellektuelle stellten sich jedoch hinter die Forderungen der Nachkommen der Überlebenden.

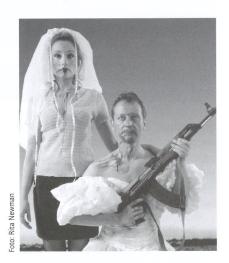
Nicht nur faschistische Turanisten waren am Werk, sondern auch die türkische Regierung half mit, ein geistiges Klima zu verfestigen, in dem die Thematisierung des Genozids zum "Vaterlandsverrat" wurde. Wegen "Beleidigung des Türkentums" (§ 301) war Dink wiederholt vor Gericht gestanden und 2005 zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt worden. Das Urteil war erst im vergangenen Jahr vom obersten Gericht der Türkei bestätigt worden und hätte nun vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte überprüft werden sollen.

Die Trauerfeier für Dink in Istanbul wurde zu einer beeindruckenden Manifestation liberaler und linker türkischer StaatsbürgerInnen unterschiedlichster Herkunft, die alle ihr Entsetzen über den Mord kundtaten. Bereits in den Tagen nach dem Mord versammelten sich tausende IstanbulerInnen vor der Redaktion von Agos, legten Blumen und Kränze nieder und riefen "Wir sind alle Armenier!" oder "Wir sind alle Hrant Dink!" Insgesamt protestierten in der Türkei über 100.000 Menschen gegen den Mord. Ein türkischer Nationalist entführte aus Protest gegen die Solidarisierung vieler TürkInnen mit dem Mordopfer am Sonntag, den 28. Jänner eine Autofähre auf den Dardanellen. Eine neue Debatte um das Verhältnis der Türkei zur Vergangenheit und zu den überlebenden Nachkommen der türkischen ArmenierInnen dürfte auch das nicht verhindern können.

kulturen & künste

Die tätowierte Haut des Söldners

Das Theater Rabenhof in Wien zeigte vom 15. bis 20. Jänner 2007 "Haut und Himmel", das Bühnendebüt des bulgarischstämmigen Autors Dimitré Dinev. Das Stück war eine Koproduktion mit dem interkulturellen Autorentheaterprojekt wiener wortstaetten von Hans Escher und Bernhard Studlar.



Krieg. Was macht der Krieg alles mit Menschen! Die Schicksäle werden geteilt, jeder sucht sich einen eigenen Weg zum Überleben. So wie in den 90er Jahren in Jugoslawien.

Es gibt Menschen, die im Krieg versuchen, für sich das Beste herauszuholen. Ein solcher Fall wird sehr eindrucksvoll in "Haut und Himmel" beschrieben.

Im Stück treffen zwei Menschen aufeinander, ein Mann und eine Frau, der eine kämpft, er war schon überall Söldner, und die andere beraubt die Toten, um einmal fortgehen zu können aus diesem Land im Krieg. Er hat sein "ganzes" Leben auf seinen Körper tätowieren lassen, um es samt all seinen Stationen aufzuzeichnen. Seine beschriftete Haut ist ein Archiv des Kriegs.

Sie kennen einander erst seit ein paar Stunden, doch hat man das Gefühl, als ginge es schon um Liebe oder vielleicht um eine starke Zuneigung. Es ist aber eben ihre Einsamkeit, die sie jeweils so stark anzieht.

Auf einmal taucht ein junger Soldat auf, der sie töten will, aus Angst, selbst getötet zu werden. Und sie schaffen es, ihr Leben zu retten, in dem sie ihn, den Soldaten, umbringen.

Das Stück endet ziemlich überraschend, der Mann tritt aus Versehen auf eine Mine, die er einst selbst gelegt hatte. Er muss darauf liegen bleiben. Doch die junge Frau lässt ihn nicht allein; wehrlos, wie er ist, kann sie ihn nun lieben ...

Was danach kommt, bleibt offen. Nach dem Applaus konnte man es auch an den schockierten Gesichtern des Publikums beobachten, das sich wohl überlegte, wie das Ganze jetzt eigentlich ausgeht. Für jede/n Zuschauer/in wird "Haut und Himmel" sicherlich ein anderes Ende haben.

Der sehenswerte Theatererstling von Dinev war in der sparsamen Inszenierung von Hans Escher wirklich sehenswert. Sehr schön durchkomponiert sind die Dialoge der Protagonisten, die nicht als Superhelden auftreten, sondern als einfache Menschen im Krieg. Die leicht dahin fließende Sprache Dinevs klingt streckenweise gewaltig, was das Stück zu etwas Einzigartigem macht. Auch die schauspielerische Leistung sei hier besonders hervorgehoben.

Informationen über wiener wortstaetten: www.wortstaetten.at

Ara Karapetyan besucht die Komensky-Schule in Wien.

Was Literatur kann ...

"Die Literatur macht wirklich, was die Geschichte vergaß. Und weil die Geschichte das Gewesene war, wird die Literatur das anbieten, was die Geschichte niemals gewesen war."

Diese Worte von Carlos Fuentes (aus seiner Eröffnungsrede auf dem Internationalen Literaturfestival Berlin, 2005) dienten der Veranstaltungsreihe "Literarische Archive – Minderheiten- und MigrantInnenliteraturen und Geschichtsschreibung" als Motto, die von der *Initiative Minderheiten* in Zusammenarbeit mit dem *Literaturhaus* in Wien veranstaltet wurde. An drei Dienstagen im März 2007 fanden im *Literaturhaus* Lesungen mit anschließenden Gesprächen statt.

Stefan Horvath las aus seinem Buch Katzenstreu (eine Rezension des Buches finden Sie auf S. 28-29 dieser Ausgabe); das Gespräch mit ihm führte Mirjam Karoly. Sun-ju Choi trug aus dem Buch zuhause – Erzählungen von deutschen Koreanerinnen vor, sprach danach mit Vlatka Frketić. Den

letzten Abend bestritt Vladimir Vertlib, der aus drei seiner Bücher las, Peter Schwarz führte die anschließende Diskussion mit ihm. An allen drei Abenden beteiligte sich auch das Publikum mit Fragen und Wortmeldungen am Gespräch.

Cornelia Kogoj von der *Initiative Minderheiten*, die gemeinsam mit Silvia Bartl (*Literaturhaus*) das Projekt konzipiert und organisiert hatte, sagte in ihrer Eröffnungsrede:

"Diese Reihe geht der Frage nach, ob Literatur, die Fiktion, nicht eine bessere Möglichkeit als die Theorie ist, Minderheiten- und Migrationsgeschichte in einen größeren Kanon einzuschreiben? Wie übersetzen AutorInnen mit Minderheiten- und Migrationshintergrund Geschichte, und wie führen sie diese in die Gegenwart? Wie werden Erfahrungen von Diskriminierung, Rassismus und Emigration erlebt, in Sprache und Literatur geformt und repräsentiert? Welche Leerstellen füllt diese Literatur in der Geschichtsschreibung aus? Und was kann Literatur, was Geschichte nicht vermag?"

ed







d

Alles wird schön

Unter dem diesjährigen Motto "Alles wird schön" läuft SOHO IN OTTAKRING im Brunnenviertel des 16. Wiener Gemeindebezirks vom 19. Mai bis 2. Juni 2007. Das seit 1999 iährlich stattfindende Kunstfestival, Stadtteilprojekt sowie Plattform für soziokulturelle Projekte, Ausstellungen und künstlerische Interventionen "ist durch das Spannungsverhältnis von prozessorientierter Teilnahme und künstlerischer Intervention, durch den Gegensatz von Struktur und Improvisation geprägt", so der Pressetext: "Das Kunstfestival schafft Räume für Netzwerke, die weit über die Grenzen der traditionellen Kunstsparten hinausreichen, und eröffnet auf diese Weise neue Kooperationsmöglichkeiten."

Der ironisch-kritische Untertitel bezieht sich auf den fortschreitenden Neugestaltungsprozess des Brunnenmarktes. "Alles wird schön" solle die Frage provozieren: Wird alles schön? – begleitet von der Frage, mit wessen Augen das "Schöne" und sein Gegenteil, das "Hässliche", gesehen und auch für die Zukunft definiert werden.

Aus dem Pressetext dazu: "Im Fokus steht eine Phase zwischen Abbruch und Aufbau sowie die daraus resultierenden Entwicklungen, Veränderungen und Verschiebungen im örtlichen Gefüge, die ansatzweise jetzt schon sichtbar, aber noch nicht absehbar sind. Bis zum voraussichtlichen Bauabschluss im Jahr 2010 jedenfalls werden die Bauphasen, während derer die Brunnengasse Stück für Stück aufgegraben und von insgesamt vier Neubauten bzw. Sanierungsprojekten gesäumt wird, vor allem den Gewerbetreibenden des Marktes zu schaffen machen."

Auf dem Programm stehen etwa das europäische Kulturprojekt *open here* zum Thema Migration oder *Spinnerei*, eine Ausstellung und Installation von Seher Cakir, Petra Hummer, Irene Kainz und Isabella Pessl über Frauenbilder. Das Festival ist ein Projekt von Ula Schneider & dem Verein SOHO IN OTTAKRING in Kooperation mit der Gebietsbetreuung Ottakring.

rec



Foto: Irene Kainz

Starke Präsenz von Balkan

Balkan Fever, das bisher einzige Balkan-Festival Mitteleuropas, findet heuer bereits zum vierten Mal in Wien statt: vom 20. April bis 12. Mai. An sechs Veranstaltungsorten (Joe Zawinul's Birdland, Sargfabrik, Szene Wien, Ost Klub, Porgy & Bess, Wiener Konzerthaus) bietet das von Norbert Ehrlich organisierte Balkan Fever 2007 einen Konzertreigen.

"Starke Präsenz" lautet das Motto der diesjährigen Schwerpunkte des Festivals – etwa starke Präsenz von Percussion: Stoyan Yankoulov; das libanesisch-mazedonische Duo BACE oder in Wien lebende Musiker wie Habib Samandi (*Laço Tayfa Connection Vienna*) sowie das *Shukar Collective*. Oder von Stars: Balkan-Pionier Goran Bregović, der legendäre griechische Sänger George Dalaras, Milcho Leviev (der "Vater des

Balkan-Jazz"), Klarinettengenie Ivo Papasov, sein mazedonisches Pendant "King" Ferus Mustafov – und Arabel Karajan, die dem prominenten Namen durch ihre interessante Musik neuen Wert verleiht.

Aber auch starke Präsenz von Roma: neben dem erwähnten Papasov auch Ferus Mustafov und der junge Erhan Mamudovski (*Laço Tayfa Connection*); brillanter Romaswing mit der *Earth Wheel Sky Band* sowie Darinka Tsekova ...

Und: Starke Präsenz aller Stile und Genres. Niveauvolle Ethno- und World-Musik, Underground- und Clubbingbeats und in allen möglichen Mischungsverhältnissen und stilistischen Farben – Jazz!

"Fernab von sozial- und kulturromantischen Projektionen möchten wir mit dem Festival ein anderes, repräsentativeres Bild vom Balkan vermitteln: als Ort ständiger kreativer Modernisierung", sagt RichardSchuberth, der künstlerische Leiter des Festivals.

Informationen: www.balkanfever.at

red



Foto: Messechina

Viertelfestival im Industrieviertel

Vom 11. Mai bis 16. September 2007 macht das "Viertelfestival NÖ" im Industrieviertel Station: Umgesetzt werden 80 Kunst- und Kulturprojekte – diesmal lautet das Motto "grenzen.los".

Die programmatische Bandbreite ist groß. Geboten werden Musik, Tanz und Theater, bildende Kunst, Interventionen und Performances, Film-, Video- und Fotokunst. Hinzu kommen Installationen in der Landschaft und im urbanen Raum sowie einige, die Staatsgrenzen überschreitende Projekte, welche meist mit Partnern aus Ungarn und der Slowakei umgesetzt werden. Eine Reihe von Projekten befasst sich mit sozialen Themen wie Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit sowie mit Sichtweisen und Lebenswelten von ImmigrantInnen, Flüchtlingen und AsylwerberInnen.

Hier einige ausgewählte Projektbeispiele aus dem Festival-Programm:

Aidssäule. Hoffnung ist eine Waffe ... Ein Kunstwerk als Hoffnungsspender

Skulptur von Marco Wikkerink Fr., 11. Mai – Fr., 14. September: symbolische Errichtung einer Aidssäule. Das Objekt ist permanent öffentlich zugänglich. Ort: Wiener Neustadt, BORG Wr. Neustadt, Herzog Leopold-Straße/Theatergarage

Eine Skulptur zum Gedenken an die (im Jahr 2006) rund 40 Millionen HIV-Infizierten, von denen rund 15.000 in Österreich leben, für 2,9 Millionen Aids-Tote. Wesentliches Anliegen des Projektes ist die Sensibilisierung für das Thema Aids. Den Ehrenschutz für das Projekt hat die Aidshilfe Wien übernommen.

www.viertelfestival-noe.at/aidssaeule

Ausländer-Marathon. Der andere sightseeing trip: Traiskirchen & Bratislava

Reise über Traiskirchen nach Bratislava mit On-board-Videoprogramm, Ausstellung und Party; So. 13. Mai, 12 - 23 Uhr Orte: 2514 Traiskirchen (Bezirk Baden): Police Academy, Akademiestraße / Bundesasylamt, Otto-Glöckel-Straße: Bratislava (SK), A4 Zero Space, Num. SNP 12

Mitwirkende: Lena Lapschina

Am Rand von Traiskirchen steht eine vom NS-Regime gebaute ehemalige Napola (Nationalsozialistische Polit-Akademie), das heutige Flüchtlingslager. Auf dem Zaun ums Lager sind Verhaltensvorschriften angebracht. Die dahinter liegende große Wiese ist das Revier von Wachhunden und Wächtern. Deren Kommunikation mit den AsylwerberInnen an den offenen Fenstern ist Thema für einen Fotowettbewerb unter dem Motto "Mach dir ein Bild vom Ausländer".

Auch die Nachbarn können sehr fremd sein. Daher wird anschießend im kostenlosen Shuttle-Bus mit On-board-Videoprogramm die Nachbar- und Hauptstadt Bratislava besucht. Eintritt frei.

www.viertelfestival-noe.at/marathon

Menschenpfeil hautnah. Geschichten vom Laufen, Einfangen und Zurückbringen. Eine Skulptur zum grenzenlosen Menschen-

Dauer der Installation: Sa., 11. August bis So., 16. September. Die Installation ist permanent frei zugänglich

Ort:2486 Pottendorf (Bezirk Baden), Richtung Weigelsdorf (B60/A3); Die Installation steht zwischen Pottendorf und Weigelsdorf im Bereich der B60, Wiener Straße und der Autobahnabfahrt der A3 bei Pottendorf.

Mitwirkende: Rosa Roedelius, Leo Hemetsberger, Kristina Foggensteiner

Innerhalb der EU verliert der Begriff "Grenze" seine Bedeutung. Nachrichten von den Außengrenzen dringen jedoch nur selten ins Bewusstsein der EuropäerInnen. Die spanischen Enklaven in Afrika oder die Tragödie der Tausenden, die jedes Jahr auf dem Seeweg nach Europa spurlos im Mittelmeer verschwinden, sind oft Randthemen.

Die Installation hebt real existierende Grenzen ebenso ins Bewusstsein wie die Tatsache, dass Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen, um sie zu überwinden. Eintritt: frei. www.viertelfestival-noe.at/menschen-

Das Viertelfestival NÖ, das sich an Kunstschaffende und Kulturinitiativen wendet, die sich unter dem Festival-Motto schöpferisch mit der Region auseinandersetzen wollen. ist eine Initiative des Landes Niederösterreich und wird von der Kulturvernetzung NÖ realisiert. Es setzt sich aus vier Einzelfestivals zusammen, die in vier aufeinander folgenden Jahren – jeweils von Mitte Mai bis Mitte September – in Niederösterreich stattfinden: Der erste Teil des (nunmehr zweiten) Festival-Zyklus ging vom 12. Mai bis 17. September 2006 im Waldviertel über die Bühne. 2007 wandert das Festival ins Industrieviertel und 2008 ins Mostviertel. Im Weinviertel schließt sich der Festspiel-Reigen im Jahr 2009 zum zweiten Mal.

eMail: office@viertelfestival-noe.at www.viertelfestival-noe.at

red



mit Bezug auf Fremdheit



Sehnsucht und Protest

Am Anfang stand die soziale Idee: Wiens erster Obdachlosengesangsverein trat a cappella auf, um die solidarischen Personen zu erreichen. Unter dem Punk-Motto "Wir machen das, was wir nicht können", entwickelte sich der Klangkörper allmählich zum Stimmgewitter Augustin. Neun von ihnen begannen dann, einmal wöchentlich zu proben und erarbeiteten ein breitgefächertes Repertoire, das sie in Zusammenarbeit mit ProfimusikerInnen bei Auftritten zum Besten gaben. Nun liegt bereits die zweite CD der Formation vor, die den programmatischen Titel Kitsch & Revo trägt und Lieder von Sehnsucht und Protest miteinander vereint. Die CD kostet 14 € und wird von Augustin-VerkäuferInnen vertrieben (ihnen bleibt die Hälfte des Betrags). Weitere Informationen: www.stimmgewitter.org

Stubnblues II



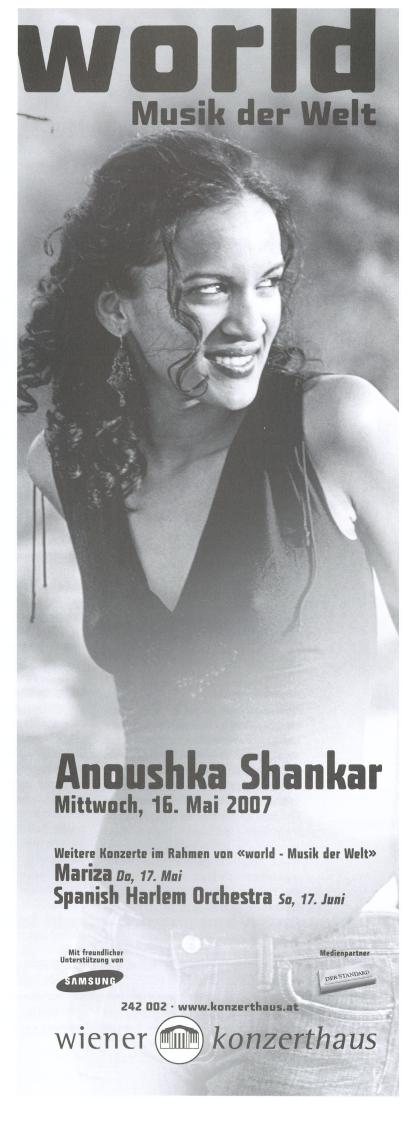
Als Willi Resetarits, Peter Angerer, Stefan Schubert, Klaus Kircher und Roland Guggenbichler auf einer gemeinsamen Wander- und Skitour drei Tage lang in einer Hütte eingeschneit wurden, schlug die Geburtsstunde des Stubnblues, so der Titel der von ihnen 2005 eingespielten CD. Zwei Jahre später folgt nun mit Stubnblues II. Aus Sun und aus Regn ein Fortsetzungsalbum, das im Rahmen einer Österreich-Tournee vom 20. April bis 11. Mai vorgestellt wird. Die im Eigenverlag entstandene CD enthält überwiegend kroatische Volkslieder aus Resetarits' Heimat Stinatz sowie Neuvertonungen von österreichischen Mundarttexten - Texte von Resetarits und Schubert; aber auch von Kabarettisten wie Karl Farkas und Peter Blaikner. Und zwei Vertonungen von Dialektgedichten des großen H.C. Artmann.

Information & Bestellung: www.williresetarits.at

offenlegung

gemäß §25 mediengesetz

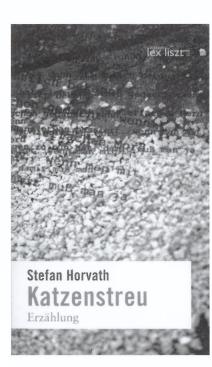
STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung, gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihrer Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Kommentare, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaber) und Herausgeber der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliedsbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen vom Medieninhaber und vom Herausgeber sind im Impressum (S. 2) angeführt.



Ein dicker Brief an einen Mörder

Clemens Berger

Stefan Horvath: *Katzenstreu. Erzählung* edition lex liszt 12: Oberwart 2007 100 Seiten; € 15.-



Nietzsche schrieb einmal, ein Buch sei wie ein dicker Brief an Freunde. Ein Buch kann aber genauso gut und vielleicht noch besser ein dicker Brief an Feinde sein. Das Problem ist nur, dass die selten Bücher lesen, zumal solche, die gegen sie gerichtet sind. Trotzdem oder gerade deswegen könnte man Stefan Horvaths Katzenstreu als dicken Brief an einen toten Feind lesen – an Franz Fuchs, den Mörder seines Sohnes, den Mörder vierer junger Roma aus Oberwart oder Felsőőr oder Erba, wie die Stadt auf Romanes heißt. Das Problem ist nur, dass Stefan Horvath Franz Fuchs nicht als Feind bezeichnen will. Dass er meint, ihn nicht zu hassen, weil man Unterlegene nicht hassen könne. Ein dicker Brief also an einen Unmenschen, einen Irren, der Staat und Medien jahrelang in Atem hielt.

In dem dicken Brief an einen, der seinem Leben ein Ende setzte, um nicht für immer hinter Gittern zu sitzen, um nicht reden zu

müssen über das, was er getan hat, teilt Stefan Horvath dem Mörder, Briefbomber und Pamphletschreiber Vertrauliches mit. Er schreibt von seiner tiefen Verzweiflung nach dem Attentat vom 4. Februar 1995, nach dem, was mit und neben den Bildern der vier Zerrissenen zu sehen, hören und lesen war. Von den Hausdurchsuchungen der Polizei erzählt er, die unterm Vorwand der nie auszuschließenden Möglichkeit einer romainternen Fehde die Siedlung endlich auf den Kopf stellen konnte und denen Haare und Fingerabdrücke abnahm, die eben vier junge Männer durch eine Sprengfalle mit der Aufschrift "Roma zurück nach Indien" und nicht "Zigeuner raus" – verloren hatten. Dass er Angst hatte, wahnsinnig zu werden, erzählt er, weder ein noch aus wusste, dass er sich umbringen wollte, dass er vom toten Adressaten in den verzweifeltsten Stunden seines Lebens geguält, verhöhnt und gedanklich gekapert wurde – und dass er, Stefan Horvath, am Ende der Stärkere war, weil er den Hass aus sich verbannen

In dem Brief an einen Unmenschen schreibt Stefan Horvath dem Franz Fuchs, was dessen Eltern, zwei einfache Bauern in der Südsteiermark, über ihn gedacht und gesprochen und gemutmaßt haben könnten; was eine Wirtshausrunde in der österreichischen Provinz über seine Taten gesagt haben könnte, gängige Vorurteile und unterm Mantel des gesunden Menschenverstandes versteckte Ressentiments; und wie ein Rom in seinem Zimmer jahrelang nicht schlafen konnte, weil er Nacht für Nacht iene Bombe detonieren hörte, die für ihn wie die Siedlung eine Zäsur sondergleichen darstellte: wie er Nacht für Nacht vom Mörder heimgesucht wurde und sich unentwegt fragte: Warum?

Das ist die Frage, die Stefan Horvath umtreibt, und ein Trauma: Wie kommt ein Ingenieur aus der Südsteiermark dazu, Roma in Oberwart zu töten? Warum tötet einer seinen Sohn, den er nicht einmal kannte? Vier Menschen – und *Roma* heißt nichts anderes – hat Franz Fuchs ermordet. Er hätte sich, das darf man annehmen, über mehr gefreut. Der dicke Brief des Stefan Horvath, der über ein Jahrzehnt später zu lesen ist, ist auch und

nicht zuletzt Selbsttherapie mittels Schreiben. Was in der Psychoanalyse Durchquerung des Phantasmas heißt, versucht er schreibend und in eigener Gedanken- wie Bilderarbeit zu leisten. Indem Horvath die Bombe und die vier Toten aus verschiedenen Perspektiven umzingelt, versucht er der Wahrheit eines konkreten Moments und dessen, was dahin führte, näher zu kommen.

Alles beginnt mit einem Schock, den der Autor zuerst selbst nicht wahrhaben wollte: Da fährt er, nachdem er seinen Sohn zerfetzt im Schnee liegen sah, wie jeden Sonntag ins Café, spricht aber nicht. Als er später an den Ort des Grauens zurückkommt, wimmelt es von Polizei, Spurensicherung und Journalisten, und er sieht ein Konzentrationslager, hört Stimmen, glaubt an einer Halluzination zu leiden. Der Schock lässt das Verdrängte wiederkehren. Anstatt, wie es heißt, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, behält Stefan Horvath alles für sich, engagiert sich für die Siedlung, kämpft für bessere Lebensumstände seiner Leute, verhandelt, arbeitet und schreibt nächtens sein erstes Buch. In Ich war nicht in Auschwitz macht sich der Sohn zweier KZ-Überlebender zu einem Sprachrohr der Roma, der Vertriebenen, Vergasten, Erschlagenen

Als es schließlich einen Täter gibt, will, ja muss ihn Stefan Horvath sprechen. Im Gefängnis aber blickt ihn Franz Fuchs bloß kurz und verächtlich an, bevor er sich umdreht und nur noch das Schleifen seiner Fußfesseln zu hören ist. Bis dahin war sich Horvath sicher gewesen, dass zwei Menschen all das getan haben müssten, ein Mann und eine Frau. Dieser eine kurze Blick aber, sagt er heute, habe ihn schlagartig erkennen lassen, dass es dieser Mensch, der im Gerichtssaal schwachsinnige Parolen brüllt, ihm aber nicht antwortet, alleine gewesen ist. Das ist gleichzeitig das zweite Trauma, das den dicken Brief zu schreiben forderte: der Abbruch, die Verweigerung jeglicher Auseinandersetzung, Ende und Anfang einer schrecklichen Beziehung, die von einem Wahn hergestellt wurde.

Stefan Horvath hat nicht nur Franz Fuchs aufgesucht; in Gralla traf er sich mit dessen Eltern, um über ihren und seinen Sohn zu reden. Immerhin, meint Horvath, hätten sie wie er einen Sohn verloren. Und so ist der Brief auch als Aufarbeitung einer gescheiterten Beziehung zu lesen. Nachdem der eine Schluss gemacht, sich umgebracht hat, bleibt der andere mit seinen Fragen zurück. Das Warum bleibt wie der Weg dorthin unbeantwortet. Am Unausgesprochenen, am Unbeantworteten wäre Stefan

Horvath beinahe erstickt. Im Schreiben, in der Anverwandlung hat er sich Luft gemacht.

Und das ist das Unglaubliche: Abgesehen von den Eltern, abgesehen vom Vater, der einen Sohn verloren hat, abgesehen von der Wirtshausrunde, schlüpft Stefan Horvath in Franz Fuchs, um den Punkt des Umschlags in den Wahnsinn zu finden. Er sucht Antworten auf das, was ihn nächtens und auch tagsüber bedrängt. Da ist die Perfektion, da ist die Menschenscheu, da sind die deklassierten Verhältnisse, da ist eine Frau, die Fuchs zu allem Überdruss an einen Ausländer verliert, da sind die Wunden aus der Kindheit. Das Bemerkenswerte an diesen Passagen ist, dass der Franz Fuchs, den Stefan Horvath zeichnet. auch ein Rom sein könnte. Tatsächlich finden sich in dem Text Stellen, in denen die beiden einander in einer unheimlichen Welt der Gewalt, der Demütigung und des Hasses als Brüder begegnen, die Ähnliches erlebt, aber andere Wege eingeschlagen haben.

All das erklärt jedoch noch lange nicht, wie und warum einer zum Mörder wird. Der Wahnsinn wird spürbar, wenn Stefan Horvath seinen unbekannten Bekannten in dessen Zimmer beschreibt. Die heruntergelassenen Jalousien, der Hass auf den Tag und das Licht, die Zuflucht zur Nacht, das stets verschlossene Zimmer, in dem Fuchs lange vor seiner Verhaftung schon wie im Gefängnis lebte. Die Mutter wäscht, er zahlt Kostgeld, wenn sie das Essen bringt, öffnet er die Tür einen Spalt breit, streckt ihr die Hände entgegen, zieht das Geschirr in sein Zimmer, das er sofort wieder versperrt, bevor er sich nachts beispielsweise auf den Weg zur Oberwarter Romasiedlung macht, um auszukundschaften, wo und wie er zuschlagen kann.

"Es ist vollkommen ruhig im Haus, meine Eltern schlafen schon. Wie immer um diese Zeit. Nur die Katze und ich sind munter." Wenn Horvath als Fuchs in den Spiegel blickt, und Graf Rüdiger von Starhemberg zurückblickt, ihn lobt und anspornt, ist der Wahnsinn da – das Übernehmen eines geschichtlichen

Auftrags, die Ausgeburt einer fiktiven Armee, der Kampf gegen die Unreinheit der Heimat, die als Volksgemeinschaft verstanden wird, wobei die Gemeinschaft des Volkes die perverse Phantasie gleichförmiger Wesen ist, die gar keine verschiedenen Interessen und Wünsche haben können. In Franz Fuchs kulminieren die reaktionären und antiemanzipatorischen Affekte der Moderne: Heimat etwa, das ist Blut und Boden, und so kämpft er beinahe ausschließlich gegen österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die er nicht für Österreicherinnen und Österreicher hält. "Zehntausende sind durch die Bombe von Hiroshima gestorben, und noch heute gedenkt man der Opfer. Zigeuner in Oberwart werden es bei weitem nicht so viele sein. doch in Wirklichkeit töte ich sieben Millionen Parasiten. Sie fragen sich, warum ich sieben Millionen Parasiten sage. Das ist leicht erklärt: Sieben Millionen dulden dieses elende Pack, und daher treffe ich sieben Millionen mitten ins Herz." Erst in der letzten Serie erhielt ein so genannter Ausländer eine Briefbombe des Ingenieurs aus Gralla. Der lenkte seine Wut und seinen Hass mitsamt seiner Intelligenz gegen Minderheiten, gegen sozial Schwache, gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe und gegen die, die diesen helfen wollten.

Wer Franz Fuchs war, wird man vielleicht nie herausfinden. Wer aber ist Stefan Horvath? Stefan Horvath wurde im November 1949 in der ersten Oberwarter Romasiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg geboren. Die alte war nach der Verschickung von 360 Roma in die Konzentrations- und Vernichtungslager geplündert und zerstört, das Holz der Hütten unter den Bewohnerinnen und Bewohnern verteilt worden, damit jeder und jede einen Anteil am Verbrechen hatte, von dem später niemand etwas gewusst haben wollte. Aber wer rechnet mit der Heimkehr derer, deren Heime man zerstört? Es waren dann auch nur neunzehn, die überlebten und in eine Gegend zurückkehrten, in der bis zum großen Einschnitt über Jahrhunderte viele Roma

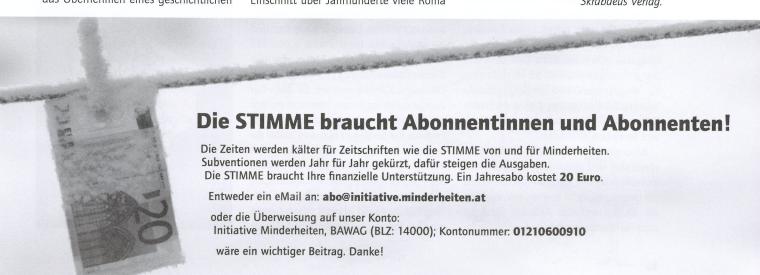
gelebt hatten. Die heutige Siedlung liegt abseits der Stadt; die Ortstafel, die früher vor ihr stand, steht mittlerweile nach ihr. Die erste Siedlung, Stefan Horvaths Kinderwelt, hatte dem neu entstehenden Krankenhaus zu weichen, was den Nebeneffekt zeitigte, dass die Gründstückspreise ringsum beträchtlich an Wert gewannen. Die den Terror überlebt hatten, Analphabeten zumeist, wurden einzeln ins Rathaus bestellt, wo sie unterschrieben, nun einen viel besseren Ort zum Leben zu bekommen, wobei das besser Fließwasser und Heizung bedeutete – die aber ohne Wärmedämmung. In diesem Krankenhaus arbeitet Stefan Horvath heute in der Reinigung, nach vielen Jahren in Wien und den Ländern als Hilfsarbeiter, Vorarbeiter, später als Polier und Betriebsrat. Eine Bombe rief ihn zurück ins Südburgenland.

"Dies ist eine wahre Geschichte." So hebt Katzenstreu an. Die letzten beiden Sätze lauten: "Dieses Buch erhebt keinen Anspruch auf Wahrheit. Es zeigt lediglich, wie es sein hätte können oder vielleicht auch nicht." Die Geschichte ist wahr, weil sie Stefan Horvath zugestoßen ist. Die Wahrheit aber ist immer die einer konkreten Situation. Die sie erlebten, können sie nicht mehr beschreiben. Der sie herbeiführte, wollte nichts und nie mehr etwas sagen. Und einer wird zu einer Gestalt der Zeitgeschichte: Die Zeit, die ihm gegeben ist, wurde von der Geschichte berührt. Er wollte es nicht, aber er muss sich zu dem, was geschah und geschieht, verhalten. Stefan Horvath tut das auf seine Weise: Er spricht, und er schreibt.

Diese Rezension erschien zuerst im "Spectrum" vom 3. und 4. 2. 2007.

Clemens Berger,

freier Schriftsteller, lebt in Wien und im Südburgenland. Zahlreiche Literaturpreise und Stipendien. Sein neuer Roman "Die Wettesser" erschien im Februar 2007 im Skrabaeus Verlaa.



Verflucht begehrtes Europa

Vedran Džihić, Silvia Nadjivan, Hrvoje Paić und Saskia Stachowitsch: Europa - verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien

Braumüller Verlag: Wien 2006 312 Seiten; € 26,90

Das von vier jungen PolitikwissenschafterInnen herausgegebene Buch behandelt am Beispiel eines sehr spezifischen Themas weit mehr als dieses. Aber es gehört wohl generell zur Konstitution von Bildern vom Anderen – in diesem Falle von "Europa" als ersehntem und zugleich verhasstem Gegenüber –, dass diese mehr über die "eigene" Gesellschaft aussagen als über den Gegenstand der Projektion.

Die Zerfallsprodukte des ehemals sozialistischen Jugoslawien haben teilweise sehr unterschiedliche Transformationsprozesse seit den 1990er Jahren durchgemacht. "Europa" stellt dabei immer wieder eine negative oder positive Bezugsgröße für die jungen Staaten dar. Dabei gehen die AutorInnen im Sinne Nicos Poulantzas von Staatlichkeit als Verdichtung sozialer Verhältnisse und einer Interdependenz zwischen Gesellschaft und Staatsformen aus, "so dass Entwicklungen von Staat und Gesellschaft als ,Ko-evolutionen' betrachtet werden. Staat als verdichtetes Herrschaftsverhältnis bildet gesellschaftliche Machtverhältnisse ab, gesellschaftliche Machtverhältnisse formen Staatlichkeit".

Vedran Džihić, Silvia Nadjivan, Hrvoje Paić und Saskia Stachowitsch gehen in ihrem Buch den Europa-Mythen in drei sehr unterschiedlich gearteten postjugoslawischen Staatlichkeiten nach. Dass sie damit über diese Mythen hinaus vieles über die jeweiligen Staatlichkeiten zu sagen haben, liegt nicht zuletzt in der Funktion solcher Mythen begründet. "Sie haben die Aufgabe, unterschiedliche Eindrücke aus der politischen Realität zu vereinfachen, zu strukturieren und zugleich soziale Widersprüche zu deuten. Außerdem bieten Mythen Modelle für politische Identitäten und bewerben Ideologien."

Besonders vielschichtig und widersprüchlich sind denn diese Mythen auch im instabilsten und widersprüchlichsten Land der Untersuchung, in Bosnien-Herzegowina, wo unterschiedliche Akteure durchaus auch kontextgebunden unterschiedliche Europa-Bilder transportieren, die vom arroganten Europa, das mit den bosnischen MuslimInnen während des Bürgerkriegs auch die eigenen Werte im Stich gelassen habe, bis zum generellen Referenzpunkt reichen, den Bosnien-Herzegowina erreichen sollte. Diskursen aller drei "Entitäten" gemein ist dabei jedoch, dass sie sich selbst immer wieder als Verteidiger eines "wahren Europas" sehen, das jedoch in seinem Gehalt variiert und vom kroatischen "katholischen Club Europa" über den serbischen Verteidigungsmythos des "christlichen Europas", das gegen "die Muslime" zu verteidigen gewesen wäre, bis hin zur Idee eines multiethnischen Europas reicht, das sich insbesondere im "multiethnischen Sarajewo" – auf das sich auch bosnisch-muslimische Nationalisten beziehen - zeigt. Die Vorwürfe an "Europa" - real in der EU manifestiert – spitzen sich jedoch vor allem auf bosnisch-muslimischer Seite zu, insbesondere beim exemplarischen Fall Srebrenica. All diese Diskurse spielen sich jedoch in einem Spannungsfeld von "Balkan"- und "Europa"-Bildern ab:

"Balkan und Europa können nicht ohne einander gedacht werden und stehen in einer symbiotischen Verbindung, die sowohl zwischen den beiden symbolischen Regionen existiert als auch innerhalb der einzelnen Regionen selbst. In diesem Fall vor allen innerhalb des Balkans, wo dieses "Europa-Balkan'-Paradigma in Bezug auf die Nachbarn und in weiterer Folge innerhalb eines Landes in Bezug auf politische Gegner (z. B. in Kroatien) oder andere ethnische Gruppen (in Bosnien-Herzegowina) als politisches Distinktionsmittel eingesetzt wird."

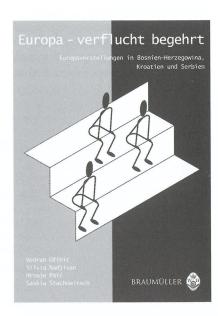
Die in Kroatien und Serbien vorhandenen Europa-Bilder unterscheiden sich teilweise stark von jenen in Bosnien, insbesondere von ienen der bosnischen Muslime. In Kroatien unterstreicht die Untersuchung das Bild. als katholisches Land immer schon Teil "Europas" gewesen zu sein, nun aber von diesem Europa - etwa durch den Druck auf kroatische Kriegsverbrecher, die doch nur Europa verteidigt hatten – verraten worden zu sein. Letzteres scheint in abgeschwächter Form auch in Serbien zu existieren, wobei der serbische Nationalismus sich zwar als Teil eines "antimuslimischen Europas" begreift, aber zugleich eine gewisse Grundskepsis gegenüber der EU an den Tag legt. Der Orientierungspunkt ist nicht primär Europa sondern "Serbien und die serbische nationale

Identität. Diese kollektive Identität beruht vor allem auf dem Mythos des einzigartigen, unbesiegbaren "himmlischen Volkes", wobei in einer Analogie zum Judentum das "serbische Volk" die "ausgewählte Nation Jugoslawiens" darstellt. Der mehrheitlich albanisch besiedelte Kosovo gilt hier als das verlorene "gelobte Land" bzw. als "serbisches Jerusalem"."

Schließlich widmet sich noch ein eigenes Kapitel der Frage nach der Geschlechtlichkeit in den Europadiskursen der drei Staaten, wobei die zwar ambivalent beurteilten, aber doch vorhandenen sozialistischen Errungenschaften für die Frauen des ehemaligen Jugoslawiens einen Ausgangspunkt der Überlegungen bilden. Die Transformationsprozesse der neuen Nationalstaaten hatten jedoch massive Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse. "Der kriegerische Zerfall Jugoslawiens, die Genese von neuen (National-)Staaten und die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Annäherung an "Europa" beeinflussen die Geschlechterverhältnisse auf jeweils spezifische Art und Weise." Die EU ist dabei jedoch nicht nur Projektionsfläche. Vielmehr ist die Rolle, die diese dabei spielt oder nicht spielt, "bestimmend für die Vergeschlechtlichungen von Europavorstellungen".

Der Band endet mit einem Vergleich der drei behandelten Staaten, der die unterschiedlichen Teilanalysen wieder zusammenführt. Das äußerst lesbare Buch ist damit durchaus nicht nur etwas für Südosteuropa- oder EU-Erweiterungs-SpezialistInnen, sagt es doch wesentlich mehr über die untersuchten Staaten und ihr Verhältnis zu "Europa" aus, als es der Titel vermuten ließe.

Thomas Schmidinger



Im April 2007

Schwer hat man es heutzutage als Vertreter einer Minderheit, wenn die Tischrunde im Stammbeisl Kenntnis davon haben will, dass man einmal im selben Saal wie der Rumpold gesessen ist! Die ziehen daraus fälschlich den Schluss, dass ein Teil des Eurofighter-Schmiergelds über den Rumpold auch bei mir gelandet ist, und bestehen darauf, dass ich Lokalrunden schmeißen soll. Dabei bin ich finanziell nach wie vor im Minus – bei mir ist nichts angekommen, wenn es überhaupt was gegeben hat, was ich so entschieden leugne wie die Frau Rumpold. Auch ich schwöre bei meinem Brustkrebs: "Bei mir, Kahlauer mein Name, ist kein Euro vom Fighter gelandet!" Und bei dieser Pressekonferenz um 96.000 Euro am 17. Juli 2002 war ich auch nicht dabei, da habe ich Urlaub auf Balkonien gemacht und war unabkömmlich. Aber mich hätte eh niemand eingeladen zu so einer feierlichen Veranstaltung.

Die große Politik hat uns eigentlich nicht so beschäftigt in den letzten Monaten, wodurch die Treffen am Stammtisch friedlicher verlaufen sind als sonst. Außerdem hat jeder von uns im eigenen Winkerl zu kehren. Der Genosse Rotlauf zum Beispiel bekommt ja jetzt schon Magenkrämpfe, wenn er auf der Speisekarte nur das Wort Gulasch liest, weil das ebenfalls mit GU beginnt. Gugelhupf, Gummiadler, Gurken und Gumpoldskirchner stehen auch bereits auf seiner privaten Boykottliste. Sein roter Mai ist schon seit dem Februar vorbei, als sich seine Partei beim Umfallen selbst überholt hat. Und der steirische Brauch bei der Regierungsbildung liegt ihm auch noch im Magen.

Der Kommerzienrat Schwarzschanderl wiederum weiß noch nicht, ob er sich dem Pröll-Flügel oder dem Molterer-Flügel in seiner Partei anschließen oder zur lustigen Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky. der barocken Kondompteuse der Seuchen, bekennen soll. Dass der neue ÖVP-Generalsekretär ausgerechnet Missethon heißt. will der Kommerzienrat nicht kommentieren. er tut nur gebildet und tremoliert durch den Raum: "Fürwahr ein Nestrov-Name in dieser Profession!" Der zehnte Aufruf von Erhard Busek zur Neugründung der ÖVP ist jedenfalls spurlos an ihm vorübergegangen. Aber mit der Regierung insgesamt ist der Schwarzschanderl höchst zufrieden. Dass die Erbschaftssteuer gefallen ist und die Schenkungssteuer bald folgen wird, verbessert die Luftqualität, erhöht die Leistungsbereitschaft der Österreicher und sichert somit hiesige

Arbeitsplätze in der Zukunft, sagt der Kommerzienrat euphorisch. Ich werd das sicher nicht überprüfen können.

Aber seine innerliche Zerrissenheit ist nix gegen die vom Kameraden Brauntresch, Nach dem fünften Krügerl stiert er nur noch ins Leere und murmelt: Strache? Oder Stadler? Oder doch vielleicht Mölzer? Hilmar Kabas als Retter in der Not? Am besten wäre, jedes FPÖ-Mitglied ist per Parteieintritt automatisch Akademie-Präsident. Vorher glaubt er noch politische Arbeit verrichten zu müssen und plärrt laut "SOS Abendland" durch den Schankraum. Aber in seiner Bude hat ihn ein Arbeitskollege schwer ins Schwitzen qebracht. Der hat gemeint, nicht alles am Islam sei schlecht und hat auf ein Urteil in Frankfurt am Main aufmerksam gemacht, wo die Richterin ins Urteil geschrieben hat, Prügel seien in einer Moslem-Ehe normal und strafrechtlich nicht zu verfolgen. Dann hat er den Brauntresch gefragt, ob das nur für gebürtige Mohammedaner gilt oder auch, wenn man individuell zum Islam übertritt – denn dann könnte er bei seiner Alten ungestraft erzieherisch tätig werden. Der Brauntresch ist auf der Stelle zum radikalen Frauenrechtler geworden - so kenn ich ihn gar nicht. Eine seltsame Begründung eines Gerichtsurteils, erinnert mich etwas an den Prozess gegen den Westi und seinen Leibwächter, wo über das BZÖ Ähnliches gesagt worden ist. Überhaupt der Brauntresch: Kaum hat er gehört, dass dem Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden soll, entdeckt er sein Herz für Zuwanderer und das harte Schicksal der Staatenlosen. Manchmal kenn ich mich nicht ganz aus bei ihm. Der Herr Grünlinger war Wochen mit den

Vorbereitungen zu seiner privaten Feier vom 60. Heller-Geburtstag beschäftigt und hat dauernd dahergesungen, dass er a Zigeina sei mecht – bis wir im Chor zurückgeplärrt haben: "Roma heißt das, Herr Grünlinger!" Da war er ein bisschen betroffen, dass wir ihn bei einer politischen Unkorrektheit ertappt haben. Dann hat er sich wichtig gemacht

und dafür geworben, dass bei Ausländern Polizeiverhöre nur vor Videokameras stattfinden dürfen. Was das schon wieder kosten würde! Soll er sich doch privat Snuff-Videos kaufen, wenn er sowas gerne sieht.

Ich bin auch verwirrt – der Chef will die südliche Problemzone zum Freistaat machen. Heißt das, ich muss ins Ausland, wenn ich nach Kärnten fahren will? Und werde ich dort auf mich gemünzte "Ausländer raus!"-Sprechchöre hören müssen? Aber gleichzeitig will er in der obersten österreichischen Fußball-Liga mitspielen und deshalb einen oberösterreichischen Verein einkaufen. Dann heißt das Motto: Klagenfurter Pasching statt Villacher Fasching. Ein bisschen sprunghaft ist der Chef in letzter Zeit, kommt mir vor. Apropos heimischer Fußball – da geht es im Moment drunter und drüber. Der Trottel Brauntresch erklärt das damit, dass der Westenthaler dort in leitender Position war und man daher mit einem Sauhaufen rechnen musste. Der Westi hat übrigens zwei Prozesse verloren, wo ihn und uns ein Kabarettist und ein Schriftsteller geschmäht haben. Das verbindet ihn mit der Fiona Swarovski-Grasser, die auch ohne Erfolg einen Kabarettisten vor den Kadi gezerrt hat.

Womit wir bei einem weiteren Thema wären: der katastrophalen Fortpflanzungspolitik! Eine Steirerin hat mit 66 Jahren noch ein Baby bekommen. Damit sie nach der schwarzblauen Pensionsreform wenigstens vom Kindergeld leben kann, stänkert der Genosse Rotlauf. Das ist noch nicht alles. Die Fiona und der KHG sollen ein Kind bekommen, hab ich irgendwo gelesen. Da wundert man sich nicht mehr, wenn die ganze Bevölkerung lieber das Eisbär-Baby Knut adoptieren will. Die genetische Verbesserung Mitteleuropas muss wieder um eine Generation aufgeschoben werden, fürchte ich. Der Kronen Zeitung vom 3. April entnehme ich gerade eine interessante Schlagzeile: DER KONTAKT MIT SCHMUTZ KANN GLÜCKLICH MACHEN! Das weiß ich als Krone-Abonnent ohnehin. Darum bin ich ia Stammleser.



Erscheinungsort Innsbruck Verlagspostamt A-6020 Innsbruck P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 62 Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

Rücksendeadresse: Initiative Minderheiten Gumpendorfer Straße 15/13 A-1060 Wien



BUNDESKANZLERAMT KUNST





